

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprech-Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Auflage 5000.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesfähre 86/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 141.

Freitag, den 14. September 1894.

1. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Von deutschen Adels Ehre.

Die ehrfurchtsamen Junker sind nach ihrer eigenen Meinung das Rückgrat des preussischen Staates; sie sollen auch die Edelsten und Besten der Nation sein. Da der Mensch erst beim Herrn „Von“ anfängt, haben sie und nur sie allein die Schlachten der letzten Jahrhunderte geschlagen und mit ihrem blauen edelen Blute die famose Herrlichkeit zusammengesetzt, welche man das Reich nennt. Darum müssen sie geschützt werden. Darum müssen ihnen recht viel Rechte zugewogen, aber möglichst wenig Pflichten aufgeschult werden. Darum muß das ganze Streben der Volksgemeinschaft dahin gehen, diese höchste Blüthe der Nation zu erhalten in all' ihrer Reinheit und Schöne. Der Junker fühlt seinen Existenzgrund in sich. Wenn er nicht da wäre, ging die Welt zu Grunde. Deshalb verlangt er, daß man ihn unterhalte auf Regimentsunkosten. Und wenn man ihm nichts giebt, dann fordert er; und nützt auch das nichts, dann greift er zu und nimmt, was ihm zwischen die Fänge kommt. Was der Junker braucht, muß er haben, so palmodiren heute alle Agrarier rechts und links der Elbe; von demselben Grundsatz ließen sich ihre Vorfahren leiten als König Olm noch das Szepter über die Lande schwang.

Einige prächtige Illustrationen zur Entwicklungsgeschichte des Junkerthums finden sich in Dr. Gustav Heinrich Schmidt's Buche: „Zur Agrargeschichte Lübecks und Ostholsteins“ (Zürich 1887). Den Darlegungen dieses Nicht-Sozialisten folgt der „Vorwärts“ im Nachstehenden: Die Germanisirung Ostholsteins gelang verhältnismäßig spät, zu einer Zeit, als der aus gleichberechtigten Freien bestehende Heerbann sich bereits verwandelt hatte in ein Heer, in welchem es Lehensherren und Dienstknechte gab. Deshalb kam dann bei der Ansiedelung und Landvertheilung die altdeutsche Dorfgemeinschaft nie so recht zur vollen Ausprägung. Es ist bezeichnend, daß in Ostholstein die Hufe (Wirtschaftseinheit), Landhufe oder Grabenhufe genannt, nur 12 ha macht. Als man später friesische Kolonisten herbeirief, mußte man ihnen bedeutend mehr Land zuweisen. Die sog. Holländer- oder Bischofshufe war ungefähr gleich der großen Marsch-Hufe in der Hamburger Gegend und umschloß rund 45 ha. Natürlich mußte unter solchen Verhältnissen der holsteinische Adel bald zu Kräften kommen, und es dauerte auch gar nicht lange, da herrschte er unbeschränkt im Lande — Holstein war zu einer Adelsrepublik geworden. Um diese Zeit war der freie Bauer in Ostholstein schier ganz verschwunden; was auf den Hufen, in den Dörfern saß, waren Hörige, Unterthanen der adeligen Gutsherren oder reicher Klöster. Man begann das Bauernlegen. Es vollzog sich in derselben Weise, wie in den anderen östlichen Provinzen des Reiches. Nur eines hatten die holsteinischen Junker voraus. In anderen Gegenden bestand nicht der Unterschied in der Größe der Hufen wie in Holstein zwischen Holländer und Landhufen. Von dieser Thatsache profitirte der Adel ungeheuer. Schon in der zweiten Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts begann er die großen Holländer-Hufen in kleine Grafenhufen zu verwandeln. Das überflüssige Land kam zum Haffelde. An den Frohnarbeiten wurde nichts geändert, denn die Verpflichtung lautete auf die Hufe schlechtweg. Außerdem war auch der Schein gewahrt; die Anzahl der Hufen blieb die gleiche wie früher, und der Prediger konnte, wie später in Dänemark, sich pastoral beschleunigen, daß keine Hufen niedergebroschen sind, daß ledige Hufen wirklich vom Gutsherrn verfestet und nicht in Haffeld verwandelt sind.

Sehr zu nütze machten sich die holsteinischen Junker das Vorhandensein von reichen Klöstern und Kirchen. Deren Besitzthum stammte zum großen Theil aus Verleihungen der Grafen von Holstein. Anfangs hatten sich diese das Schutzrecht und die Vertheidigung der verlassenen Dörfer vorbehalten und auch ausgeübt. Später gaben sie es auf, und die Klöster und Kirchen mußten mächtige Adelige in Sold nehmen, um ihre Unterthanen vor anderen Raubrittern zu beschützen. Der Kontrakt, zu dem sich die Klöster meistens nicht so ganz freiwillig herbeiließen, lief fünf oder zwanzig Jahre, oder während der ganzen Lebenszeit des Junkers. Das Entgelt für

den Schutz, das sogenannte Verbittelsgeld, mußten Unterthanen zahlen und zwar meistens acht Schilling pro Jahr und Kopf. Der Verbittelsherr erhielt von den Beschützten ferner noch allerlei Hofdienste (Holzfuhren, Pflügen, Mähen, Einfahren) geleistet, und alle die Bußen, welche die in den Verbittelsdörfern wohnenden Nichteinheimischen gezahlt hatten. In welcher Weise diese Verbittelsdienste von den Junkern genützt und gesteigert wurden gegen jedes Recht, davon zeigt folgender Vorfall. Im Jahre 1588 war über die Bauern des Dorfes Kahl (Kofole), welches dem Johanniskloster in Lübeck gehörte, Detlev Rangow auf Cismar Verbittelsherr. Pöblich verlangte er, die Bauern sollten ihre Verbittelsdienste alle während der Ernte leisten. Die Bauern wandten sich an ihr Kloster, und die Abtissin ließ ihnen durch einen laufenden Boten anzeigen, daß sie nicht mehr als alle Monate drei Tage dem Rangow zu dienen hätten. Dies erfuhr der Junker. Und nun wurde er wild, setzte sich hin und schrieb an das Kloster einen Brief, der heute noch erhalten ist. Der Schreiber tadelt erst die Abtissin, daß sie die Bauern über die Höhe ihrer Verpflichtung befehrt und sie gegen ihn aufgehetzt habe; dann verlangt er, daß die Leute 40 Tage Dienste nicht einzeln im Jahre, sondern hintereinander während der Ernte leisten sollen. Letzteres muß von jetzt ab geschehen, „dieweilen ich andere meynere Leute ab- oder wüste geleg und mir auf deren von Kufoliedienst und Hülfe verlassen“. Auch den ihm durch die Weigerung der Bauern zugefügten Schaden will der Edle ersetzt haben. Kann man brutaler und naiver zugleich sein?

Bis zur Mitte des siebzehnten Jahrhunderts zahlte der holsteinische Bauer seine Steuern selbst. Da war die allgemeine Landhebe und die Pflugsteuer (Plochschat). Letztere wurde zuweilen öfter als einmal im Jahre erhoben und betrug ein oder zwei Gulden. Dann gab's noch außerordentliche Steuern, welche das Reich ausschrieb. Im Jahre 1542 sollte das Johanniskloster zu Lübeck den 10. Pfennig seines Jahreseinkommens als Türkensteuer zahlen. Es überwältigte die Steuer auf seine Bauern, legte ihnen statt der ausgeschriebenen 1/2prozentigen eine 1prozentige kombinierte Vermögens- und Einkommensteuer auf und machte dabei das schönste Geschäft. Die Junker hatten es mit der Zeit dahin gebracht, daß sie für gewöhnlich mit der Einforderung der Steuern betraut wurden. Wie sie dabei verfahren, davon erzählt folgende Thatsache. Im Jahre 1538 hatte Stacke Rangow die von den Klosterleuten erhobene Pflugsteuer weber dem König, noch dem Kloster (St. Johannis in Lübeck) abgeführt, sondern für sich behalten. Das Kloster war klagbar geworden, und Stacke Rangow hatte in der Marienkirche zu Lübeck eidlich gelobt, seine Schuld zu tilgen. Trotzdem hat er im Leben nie einen Pfennig gezahlt. Dafür ritt gleich darauf sein Bruder Hinrich mit seinen Knechten die Klosterleute nieder, pfändete deren Pferde und gab sie nicht eher heraus, als bis er für jedes 4 Schillinge Lösegeld erhalten hatte.

Deutsche Bauern! So sprang der Urjunker mit Euren Vorfahren um.

Glaubt Ihr, daß diese Sorte sich im Lauf der Jahre geändert hat, sich überhaupt ändern konnte?

Politische Rundschau.

Deutschland.

Sächsische Gemüthlichkeit und deutsches Recht vertragen sich nicht. Obwohl die Gewerbeordnung den Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt, bekommen es die sächs. Behörden fertig, wie wir wiederholt gezeigt haben, dieses Recht mittelst des herrlichen „Zuwels“ von Vereinsgesetz illusorisch zu machen. Die Gewerkschaften müssen „über die Klinge“ sächsischer Gerechtigkeit springen. So hat jetzt erst wieder vor wenigen Tagen die Königl. Amtshauptmannschaft Chemnitz eine „Ermahnung“ an die ihr unterstellten Gemeindebehörden erlassen. Sie richtet sich besonders gegen die Textilarbeiterorganisationen, die nunmehr aufgelöst sind und besagt u. A.:

— Nun ist zwar durch eine neuerliche Aenderung des Verbandsstatuts bestimmt worden, daß dort, wo einer solchen Gliederung gesetzliche Hindernisse im Wege stehen, von der Errichtung der Zahlstellen abgesehen und statt dessen nur ein Vertrauensmann bestellt werden soll. Aber auch durch diese veränderte Einrichtung, welche überdies den ausgesprochenen Charakter einer Gesetzesumgehung trägt, ist die im Königreich Sachsen verbotene Gliederung nicht beseitigt, da auch der Vertrauens-

mann, genau so wie die „Zahlstelle“, eine „Ortsverwaltung“ repräsentirt, welche die Mitgliederbeiträge erhebt, einen Theil derselben sogar für eigene Zwecke zurückbehält, das Vereinsorgan vertritt u., und hinter welcher eine „Mitgliedschaft“ steht, die eigene Versammlungen abhält, Wahlen vornimmt und insbesondere den Vertrauensmann selbst ernannt. Einer solchen Organisation anzugehören, ist aber nach §§ 24 und 25 des Vereinsgesetzes gesetzlich unstatthaft, beziehentlich strafbar und die Aufforderung zum Beitritt daher eine Aufforderung zur Gesetzesübertretung, welche nach § 5 des Vereinsgesetzes das Verbot der Versammlung nothwendig bedingt.

— Es ergibt sich aber hieraus auch die weitere Folgerung, daß die Herren Gemeindevorstände oder deren Vertreter, welche mit der Ueberwachung von öffentlichen Versammlungen oder Vereinszusammenkünften beauftragt sind, Aufforderungen, den örtlichen Organisationen des Textilarbeiter-Verbandes oder ähnlichen bezw. anderen verbotenen Vereinen oder Vereins-Organisationen beizutreten, keineswegs dulden dürfen.

Also auch den Anschluß an den Textilarbeiter-Verband bewirkt durch einen Vertrauensmann, hat die Amtshauptmannschaft im Jahre des Heils 1894 verboten, und in Stollberg haben sich deshalb demnach 14 Vertrauensleute der Textilarbeiter und Austräger des Fachblattes „Der Textilarbeiter“ wegen Verstoszes gegen das „Zuwel“ zu verantworten. Konnte man mit dem verflochtenen Sozialistengesetz etwa mehr erreichen? — Weiter! Auch das Gewerkschafts-Kartell und die ca. 1000 Mitglieder starke Organisation der Chemnitzer Metallarbeiter, die sich als Einzelmitglieder dem Verbande angeschlossen hatten, sind der polizeilichen Auflösung verfallen. Das Kartell ist mittelst folgenden Schreibens aufgelöst:

Herrn Tischler Paul Kays,

untere Altienstraße 1, IV.

Der von Ihnen geleitete Verein „Gewerkschaftskartell“ wird, da dessen Zweck sich auf öffentliche Angelegenheiten bezieht, und der Verein sich mit dem Verein der Einzelmitglieder des Verbandes der deutschen Metallarbeiter, welcher derselben Beurtheilung unterliegt, in Verbindung gesetzt hat, ohne das Recht der Körperschaft erlangt zu haben, auf Grund §§ 24, 25 des Gesetzes vom 22. November 1850 hiermit aufgelöst und jolches Ihnen als Vorstand des Vereins zur Nachachtung an durch bekannt gemacht. Chemnitz, am 8. September 1894.

Das Polizeiamt.

Siebrat.

Hierzu bemerkt der Chemnitzer „Beobachter“: „Von den gewerkschaftlichen Organisationen der Chemnitzer Arbeiter ist nun nicht mehr viel übrig. Wenn aber unsere Gegner glauben, uns durch die Zerstörung unserer Organisationen „vernichtet“ zu haben, so werden wir sehr bald in der Lage sein, ihnen das Gegentheil nachdrücklich zu beweisen.“ — Recht so! Wir Sozialdemokraten fürchten uns nicht. Wir haben feiner Zeit auf das famose Schandgesetz von Sozialistengesetz gepfiffen, und wir pariren auch noch mehr Schläge. Und es fragt sich, wer als Sieger hervorgeht? —

Die Konfiskation der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ Nr. 198 und des „Volksfreund“ Nr. 101 vom 28. August d. J., welche wegen Boykottierung des Waldschlösschenbieres erfolgte, d. h. wegen angeblicher „Groben Unfugs“, ist vom Landgericht bestätigt worden. Dieses ist ein aller deutschen Rechtspflege bisher unerhörter Gerichtsbeschluss! Schon die Thatsache, daß die Justiz alle Angriffe der Waldschlösschenbrauerei auf die Arbeiterschaft ruhig hingehen läßt, dagegen die sich durch den Boykott vertheidigende Arbeiterschaft wegen „Groben Unfug“ bestraft, — „läßt tief blicken“!

Zur Königsberger Rede schreibt noch die „Freie Ztg.“ u. a.: „Zu vielfachen Auseinandersetzungen hat ein Satz der kaiserlichen Rede Veranlassung gegeben. In dem Telegramm des Wolffschen Bureau lautete er: „Meine Herren! Eine Opposition des preussischen Adels gegen ihren König ist ein Unbding; sie hat nur dann Berechtigung, wenn sie den König an ihrer Spitze weiß.“ Man vermuthete zuerst, der Text sei hier nicht richtig wiedergegeben worden und ein Blatt brachte auch sofort eine andere Lesart: „er (der preussische Adel) hat nur dann Berechtigung, wenn er den König an seiner Spitze weiß.“ Das wäre klar und allgemein verständlich gewesen, aber da der „Reichsanz.“ später den Satz genau in der Form der Wolffschen Meldung gab, so muß man wohl annehmen, daß es der authentische Wortlaut ist. Wir wissen eine Zeit, in der eine Kaiserrede und noch dazu eine so hochwichtige, nicht so im „Reichsanzeiger“ erschienen wäre.“ Sollte den Herren, die immer noch in dieser schöneren Zeit, in der auch die Zensur und Korrektur von kaiserlichen Reden zu den Möglichkeiten

gehörte, wirklich der Sinn jenes Satzes der Rede so ganz unverständlich sein? Allerdings klingt es ja seltsam und paradox, eine Opposition des Adels gegen den König könne an ihrer Spitze den König selbst haben, aber der Fall ist nicht nur möglich und denkbar, sondern er ist auch schon vorgekommen, und die Verurteilung auf die Geschichte seines Hauses, die der Kaiser, ein vorzüglicher Kenner der Geschichte, dem Satz angehängt hat, giebt den Schlüssel zur Erklärung. Wer stand denn in den Jahren 1848 bis 1851 an der Spitze der Opposition des preussischen Junkerthums gegen den konstitutionellen König Friedrich Wilhelm IV.? Keiner Anderer, als dieser selbe König als Werkzeug in den Händen der Camarilla, Gerlach und Gerwinen, mit der Präntation, den Staat vor der Revolution zu retten und auf's Neue in den Absolutismus zu verankern. Wer das noch nicht weiß, der lese einmal die Gerlach'schen Denkwürdigkeiten, da wird er finden, daß der Satz von der Opposition des Adels gegen den König, an deren Spitze der König steht, für Preußen keiner Berichtigung bedarf.

Der unabhängige Bökkel. Der „Reichsheroth“ erscheint jetzt in Berlin; als verantwortlich zeichnet Dr. Bökkel. Die Stellung, welche das Blatt in Zukunft einnehmen soll, giebt Bökkel in folgender Briefkastennotiz an: „Zur Notiz. Der „Reichsheroth“ ist kein Parteiblatt mehr, er dient lediglich der Idee, welche er im Motto trägt: Freiheit, Vaterland und Volkswohl. Dies zur Notiz seiner Freunde und Gegner.“ Das ist eine völlige Abfrage an die Reformpartei, anders kann man es nicht auffassen. Die „Reformer“ werden sich auch kaum mit der Schreibweise Bökkel's einverstanden erklären. In der neuesten Nummer seines Blattes lesen wir:

„Etwas zum Nachdenken für die bürgerlichen Parteien. Von der verstorbenen sozialdemokratischen Agitatorin Agnes Wabnitz erzählen die Blätter, daß sie einst für die Interessen ihrer Partei das Beste, was sie besaß, ihre Nähmaschine, geopfert habe. — Wo ist ein solcher Opfermuth bei den Konservativen? oder den Nationalliberalen u. s. w.? Einer Partei, die so begeisterte Mitglieder hat, muß die Zukunft gehören.“

Das „muß“ ist auch im „Reichsheroth“ gesperrt gedruckt. Sollte Bökkel wirklich zu dieser Einsicht gekommen sein? Auch mit dem monarchischen Prinzip scheint Bökkel gebrochen zu haben, denn sonst könnte er unmöglich wörtlich schreiben:

„Alexanderechen kommt! Am 20. Oktober wird Berlin die Ehre haben, vom großen König Alexander von Serbien besucht zu werden. Hui, wird das ein Jubel werden! Ob der Kleine von Spanien mitkommt, ist noch ungewiß!“

Das ist doch eine Verspottung der monarchischen Idee.

Bismarck's Polenpolitik. In einem Brief an den Grafen Eulenburg der in Harders „Zukunft“ veröffentlicht wird, schrieb Bismarck vor Jahren: „Ich kam mich mit theoretischen Erörterungen und Zugeständnissen auf dem erwählten Gebiete nicht beruhigen, sondern bedarf des praktischen Beweises, daß Sie mit mir gegen die seit zehn Jahren prosperirende polnische Unterwühlung der Fundamente des preussischen Staates vorgehen. Mein Antrag geht auf prinzipielle Ausweisung aller bei uns nicht heimathberechtigten Polen, vorbehaltlich der Ausnahmen, welche die Regierung in Gnaden bewilligt. Die Passivität des mit dieser für die Sicherheit des Staates so bedeutungsvollen Frage ressortmäßig betrauten Ministerium nöthigt mich, meine petita in diese allgemeine und vielleicht unpraktische Form zu bringen. Wenn ich einen Kollegen hätte, der seinerseits diese Frage mit derselben an keinem Tage nachlassenden Energie betriebe, welche von der polnischen Seite zur Untergrabung der Sicherheit Preußens seit 24 Jahren entwickelt wird, so würde ich gar nicht in die Veruchung kommen, den Details des Geschäftes meine Aufmerksamkeit zu widmen. Aber ich habe das unbehagliche Gefühl, daß in Ihrem Ministerium die Frage keiner prinzipiellen aktiven, aggressiven Behandlung unterliegt, sondern die Thätigkeit des Staates sich auf die abwählende Erledigung der einzelnen von hier oder aus dem Lande eingehenden Anregung beschränkt. Ich habe das persönliche Bedürfniß, die Aufgaben, an denen wir nun bald zehn Jahre gemeinsam arbeiten, auch mit Ihnen, verehrter Freund, gemeinsam durchzuführen, soweit unsere Kräfte reichen. Wenn Sie aber von den Thringen in der polnischen Frage keinen nachhaltigeren Gebrauch machen als bisher, so reichen meine Kräfte zur Durchführung des mir zufallenden Antheils nicht aus.“

Ein schlechtes Zeugniß! Wie man sieht ist der „Heros unseres Jahrhunderts“ über die alte Metternich'sche Polizei-Staatsweisheit nicht hinausgekommen.

Der Leipziger Stadtrath hat eine empfindliche Niederlage erlitten. Die Kreisauptmannschaft hat auf die gegen die Bürgerrechtsverweigerung an viele Arbeiter eingereichten Beschwerden entschieden, daß der bekannte Entrechtungs- und Abweisungsauftrag aufzuheben sei. In Gemäßheit dieser dem Leipziger Stadtrath ertheilten Weisung bringt letzterer jetzt an die Beschwerdeführer eine dahingehende Mittheilung zur Versendung. Behüt Dich Gott, es war zu schön gewesen! Natürlich werden die Arbeiter jetzt von ihrem Recht weitgehendsten Gebrauch machen.

Die Zunahme der Irrenfälle in unserer „besten der Welten“ wird wieder einmal demonstriert durch den kürzlich erschienenen Bericht des britischen Irrenhaus-Kommissioners. Hiernach gab es im Vereinigten Königreich am 1. Januar d. Js. 92067 Irrensinnige, Idioten und Personen von gestörtem Verstand. Diese Ziffer zeigt eine Zunahme von 2245 im Verhältnis zum Jahre vorher, und zeigt, wie der Bericht wörtlich konstatirt, „die größte Zahl von offiziell bekannten Irrenfällen, die bisher aufgezeichnet wurden“. Die allgemeine und

stetige Zunahme der Geisteserkrankungen ist auch ein Beweis dafür, wie herrlich weit wir zivilisirten Menschen es gebracht haben. Die Unsicherheit des Erwerbes, das Hasten und Jagen, das unsere Zeit charakterisirt, die Ruhe- und Rastlosigkeit des Lebens unserer Kulturmenschen, der aufs Höchste ausgebildete Kampf um die Existenz — kurz, das ganze Pandämonium, das sich moderne Gesellschaft nennt, das muß nothwendigerweise Irrthum erzeugen, das muß Verrückte schaffen. Und, wie Figura zeigt, es schafft sie. Was ist von einer Gesellschaft zu halten, deren Entwicklung eine immer größere Zahl ihrer Mitglieder in die Nacht des Wahnsinns stürzt!

Un glaublich, aber wahr. Auf die unbedingte Gehaltshaltung der Einzelheiten der Marine-Manöver wird höheren Orts besonderer Werth gelegt. Der Regierungspräsident Steinmann in Gumbinnen hat in diesem Sinne ein Rundschreiben an die Zeitungsredaktionen gerichtet, worin es heißt: „Da die Uebungen der Geschwader und Schiffe immer mehr oder weniger im Zusammenhange mit der beabsichtigten Verwendung der Marine im Kriege stehen, so sind die anderen Nationen in der Lage, aus derartigen Mittheilungen oder aus Kombinationen solcher Nachrichten bestimmte und oft richtige Anschauungen über unsere Absichten im Kriegsfalle zu gewinnen. Unter Hinweis auf das Gesetz, betreffend den Verrath militärischer Geheime, ersuche ich dringend, Artikel, welche Meldungen und Manöver der Marine betreffen, gefälligst nicht zu veröffentlichen, insbesondere auch Nachrichten über die in diesem Monat stattfindenden Manöver der diesjährigen Herbstübungsflotte nicht zu bringen.“

Vom Bund der Landwirthe schreibt die klerikale „Alln. Volks-Ztg.“:

„Am schwersten dürfte die kaiserliche Rundgebung den Bund der Landwirthe treffen. Entweder er unterwirft sich — und dann verliert er für die Landwirthe jegliches Interesse, denn wozu soll noch ein Bund thigen, wenn die Agrarier sich darauf beschränken wollen, mit dem von der Regierung Gebotenen zufrieden zu sein? Oder aber er unterwirft sich nicht und setzt den Kampf gegen den „Mantel ohne Arm und Palm“ fort, dann aber dürften für ihn schwere Prüfungstage kommen. Die kramme preussische Verwaltung kann, wenn sie ernsthaft will, den Bund inschwer zerprengen, da er in den meisten Theilen Ostpreußens eben nur von der Gnade der Landräthe lebt. Sicher dürfte in Bundeskreisen selbst der Gegensatz zwischen den Männern der schärferen und wilderen Tonart bald genug hervortreten, und dann mag diese unnatürlich rasch angeschwollene Vereinigung ebenso schnell wieder zusammenbrechen, wie sie entstanden ist. Klingt genug verräth schon die unterwürfige Sprache des neugegründeten Bundesorgans, welche schaf von den früheren Großsprechereien der Bundesleiter abblüht. Der entfernteste Beobachter erkennt, daß diesen Herren die Furcht aus allen Poren schwappt.“

Das läßt sich hören!

Manöverfreunden. Das „Offenbacher Abendblatt“ schreibt aus dem Dieburger Kreise (in Hessen-Darmstadt): Die Manöver sind beendet und die Feldschäden, welche dadurch angerichtet wurden, sollen zur Entschädigung kommen. Dabei wird z. Th. gezwickt und gezwackt, daß die Landwirthe lebhaft Klage führen und theilweise sehr geschädigt sind. So erzählt ein sonst militärfreundlicher Zeitungsschreiber aus Großzimmern: „Die Sturabschätzungs-Kommission arbeitet nun seit etwa zehn Tagen. Selten ist aber über eine Sachverständigen-Kommission noch mehr geklagt worden, als über diese Leute. Hier soll nichts, oder fast nichts gegeben werden. In Fällen, wo zwei Beschädigte ihren Schaden an 1300 Klafter Kartoffelfeld auf 160 Mark angegeben, die Ortskommission 140 Mk. als Ersatz für genügend erklärt hat, werden beiden Beschädigten zusammen jage und schreibe 36 Mk. vergütet. Ein Stück Hafersfeld, welches stark beschädigt war, taxirte der sonst sehr ruhige und zufriedene Eigentümer zu 50 Mark. Die Kommission bewilligte ganze 2,50 Mark. Die angeführten Fälle sind aber keine Ausnahme, sondern Regel. Da stehen die Leute zusammen und klagen und fragen, ob es denn gegen derartige Taxirungen keinen Rechtsweg giebt. Die Bauerleute sind ohnehin nicht zu beneiden. In Berücksichtigung dessen hat der hiesige Gemeinderath beschlossen, seine Bürger bei der verhältnismäßig langen Einquartirung und bei den jetzt hohen Fleischpreisen schadlos zu halten und bis zu 1,30 Mk. pro Tag und Mann zuzulegen. Diese Zuzüge beträgt dann für die lange Einquartirungszeit für die hiesige Gemeinde mehr als 6000 Mark, welche doch wieder von den Steuerzahlern erhoben werden müssen. Die diesjährigen Manöver sind für unsere Bevölkerung und für unsere Gemeindefasse ein Krieg im Frieden. So schwer uns auch diese Opfer drücken, — unsere Truppen werden gut verpflegt.“

Auf dem internationalen Altkatholiken-Kongress, der dieser Tage in Rotterdam stattfand, führte Dr. Weibel von Luzern über die soziale Frage Folgendes aus:

„Die soziale Frage sei wesentlich eine wirtschaftliche Frage und gehöre daher in das Gebiet der staatlichen Aufgaben. So weit sie auf die Entwicklung des Rechts und der fortschreitenden Gesittung im Interesse der nothleidenden Klasse sich beziehe, sei sie immer noch hauptsächlich eine staatliche und internationale Angelegenheit. Die Kirchen könnten und sollten aber durch Entwicklung der christlichen Grundsätze zur Lösung dieser großen Aufgabe beitragen. Der Redner findet Wesen und Ursprung der sozialen Frage im System der wirtschaftlichen Ausbeutung und ihre Eigenart darin, daß Menschen, die politisch zwar frei erklärt sind, durch die herrschende Produktionsweise in sozialer Unzufriedenheit gehalten werden.“ Es wurden dann noch Thesen verhandelt und angenommen über die Förderung des Vereinswesens, Liebesthätigkeit, Ausbildung von Krankenpflegerinnen, Unterstützung von Kirchenbauten und Verbreitung der altkatholischen Presse und Litteratur u. s. w.

Der Referent scheint ganz gute Ansichten zu haben, die praktischen Vorschläge dagegen sind völlig ungenügend. **Der Kapitalismus an den Universitäten.** Professor Friedrich Paulsen von der Berliner Universität veröffent-

licht in der „Deutschen Rundschau“ einen Aufsatz: „Die deutsche Universität als Unterrichtsanstalt und als Werkstätte der wissenschaftlichen Forschung.“ Von besonderem Interesse sind die nachfolgenden Ausführungen: „Nicht ohne einige Scheu berühre ich einen Punkt, der jüngst in Verhandlungen der bayerischen Kammer zur Sprache kam; es wurde Klage geführt über den auch in die Universitäten einbreitenden Kapitalismus. Ob die dort berührten Verhältnisse zu Klagen Anlass geben, ist mir völlig unbekannt; daß aber von diesem Punkt her den deutschen Universitäten Gefahr droht, halte ich für richtig. Daß das Einkommen einiger Universitätslehrer gegenwärtig eine Höhe erreicht, die alles Frühere sehr weit hinter sich läßt, ist eine unzweifelhafte Thatsache; die Anhäufung von Studierenden an den großen Universitäten hat für die Inhaber einiger Stellen, namentlich in der medizinischen und juristischen Fakultät, aber auch für die Vertreter gewisser naturwissenschaftlicher Fächer ungemein hohe Honorarbezüge zur Folge, wozu vielleicht noch sehr beträchtliche Einkünfte aus der Praxis kommen, die auch von der Stellung abhängt. So geschieht es, daß sich jetzt im alademischen Lehramt neben Männern mit sehr beschränktem Einkommen meist auch einige mit Millionäreinkünften finden. Uebrigens wird auch das durchschnittliche Gesamteinkommen der hiesigen Universitätsprofessoren das ihrer Vorgänger sehr beträchtlich überragen, einerseits durch die Steigerung des Amtseinkommens aus Gehalt und Honorar, dann aber auch dadurch, daß die Professoren jetzt mehr als früher aus wohlhabenden oder reichen Familien hervorgehen und heirathen. Das gilt namentlich auch für die philosophische Fakultät, deren Professoren, dem Schulamt nächst verwandt, noch im vorigen Jahrhundert wenig angesehen und wenig begehrt waren, und dann durchweg Bewerbern aus den niederen Kreisen der Bevölkerung überlassen blieben. Ich kann das hier nicht nachweisen und erinnere nur an Männer wie Gesner und Hayne, Kant und Fichte, die alle aus geringen Handwerkerfamilien abstammten. Gegenwärtig stehen auch diese Professuren in so hoher Schätzung, daß die mit ihnen gegebene soziale Stellung auch hohen Ansprüchen genügt. Die Folge ist, daß sie auch von reichen Leuten, namentlich aus dem neuen großbürgerlichen Stande, gesucht werden. Mir scheint nun nicht zweifelhaft, daß diese Entwicklung für die Universität als Lehranstalt keine günstigen Wirkungen hat. Ein Millionäreinkommen — die bescheidene Thätigkeit eines Lehrers, auch eines Universitätslehrers, will dazu nicht stimmen. Goethe sagt einmal von sich, er könne in einem reich ausgestatteten Raum nicht arbeiten, die produktive Stimmung bleibe aus. Ähnlich wirkt, möchte ich glauben, ein sehr reiches Einkommen und eine glänzende Lebenshaltung auf die Lehrthätigkeit: die Stimmung dafür schwindet; der große Mann kommt sich zu groß für die kleine Thätigkeit vor, Studenten die Elemente der Wissenschaft zu lehren. Uebrigens wäre auch die Frage zu erwägen, ob die staatliche Verleihung von Titeln und Auszeichnungen aller Art an akademische Lehrer die Leistungsfähigkeit der Universität als Lehranstalt zu heben geeignet ist? Da die Wirkung aller dieser Auszeichnungen darin besteht, „vornehm“ zu machen, d. h. die soziale Stellung zu erhöhen, so wäre die Antwort auf die Frage von der Antwort auf die Vorfrage abhängig: ob Vornehmheit die Lehrkraft steigert? Nach dem eben Gesagten würde ich eher das Gegentheil befürchten.“ — Auf diese Weise wird die Art von „Wissenschaft“ gezüchtet, die sich zur Vertheidigerin der sozialen Ungerechtigkeit und der politischen Unfreiheit aufwirft.

Schweiz.

Jahresbericht des Schweizerischen Grütlivereins. Der Bericht des Centralkomitees für das mit Ende Dezember 1893 abgelaufene Geschäftsjahr konstatirt nach der „Grütliauer“ einen günstigen Stand der Vereinsorganen und der Buchdruckerei; einige Schmerzen verursacht die Buchhandlung. Die Befürchtungen, welche durch die Annahme der neuen Centralstatuten vielfach geäußert wurden haben sich nicht erfüllt. Daß sich der Grütliverein in seinen Statuten zur Sozialdemokratie bekennet, mag ihn einige im Ideentreise des Kleinbürgertums befangene Mitglieder abwendig gemacht haben; umsomehr Schympfer wird er beim eigentlichen Proletariat, dem lohnarbeitenden Volke, finden und an äußerer und innerer Stärke zunehmen, je weniger er sich von den Rathschlägen kurz sichtiger und engherziger Kleinbürger beeinflussen läßt. Die politischen Vorgänge während des vergangenen Jahres in der Schweiz haben auf's neue gezeigt, daß der Grütliverein ein Faktor ist, mit dem die alten Parteien länger, je mehr rechnen müssen. Durch seine Mitwirkung kamen die 50 000 Unterschriften für die von der sozialdemokratischen Partei ergriffene Initiative für das Recht auf Arbeit zusammen. Ist die Initiative in der Volkabstimmung auch unterlegen, so hat die für dieselbe erhaltene Agitation doch manchenorts das Verständniß für unsere Bestrebungen erweckt. Die im Berichtsjahr zum Abschluß gelangte, seither leider auch nicht zu Stande gekommene Initiativebewegung für Einführung der unentgeltlichen Krankenpflege und des Tabackmonopols wurde vom Grütliverein ebenfalls unterstützt und leisteten einzelne Sektionen und Mitglieder in der Agitation für dieselbe ganz Erhebliches. „Der Bericht — schließt der „Grütliauer“ — kann für das letzte Jahr keine positiven Erfolge auf eidgenössischem Gebiete verzeichnen. Das giebt aber kein Grund zur Entmutigung; der ausgestreute Samen wird aufgehen und später Früchte tragen. Konnten wir ja in den Nationalrathswahlen ein ganz erfreuliches Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen beobachten.“

Frankreich.

Casimir, was ist mit Dir? In dem ehemaligen Bezirk Casimir Periers ist es zur Stichwahl gekommen. Nun berichtet die „Frt. Ztg.“: „Daß in der Seine, wo an Stelle Casimir Periers ein Deputirter gewählt werden sollte, eine Stichwahl ist, wird von einigen Abendblättern als Nieder-Casimir Periers bezeichnet.“

England.

den Markt in der Geschichte der englischen Erhebung — so nennen selbst liberale und konservative englische Blätter den Verlauf des diesmaligen großen Gewerkschafts-Kongresses, der einen solchen Uebertritt der Gewerkschaftler zum Sozialismus bedeutet, was sich in der Sitzung vom 7. September zeigte. Der Delegirte Mudge hatte beantragt, zu erklären, daß es im Interesse sei, die Bergwerke Realrechte zu verstaatlichen. Hierauf erhob sich der Lair Gardie, mahnte die Delegirten, doch auf halbem Wege stehen zu bleiben und bloß die Verstaatlichung der Bergwerke zu verlangen. Er trat für die Verstaatlichung aller Mittel der Produktion, der Bergwerke und des AUSTAUSCHES zu fordern, wurde mit 219 Stimmen angenommen — der Sieg des Sozialismus ist ein vollständiger. Für die landwirtschaftlichen Arbeiter trat Edwards in die Schranken. Er vertritt die Wohlthaten des irischen Gesetzes, betreffend die Arbeiter auf dem Lande bezüglich seiner Verhältnisse auch auf Großbritannien ausgedehnt. Der Kongress trat dieser Ansicht bei. Auf Vorrede von Broadhurst verurtheilte der Kongress den Herzog von Devonshire, daß auch gegen ihn ein Prozeß sollte angestrengt werden können. In der Sitzung beschloß der Kongress, die Gewerkschaften aufzufordern, die 70 000 ausländischen schottischen Arbeiter mit Geld zu unterstützen. — Zum Sekretär der parlamentarischen Ausschüsse standen drei Kandidaten gegenüber: der bisherige Sekretär Fenwick, der sich angeschlossen hat, die Arbeiterpartei Genosse Tom Mann. Fenwick erhielt 140, Fenwick 117, Mann 105 Stimmen; bei der Stichwahl erhielt Fenwick 211 Stimmen, während 141 auf Mann gingen. — Woods erklärte, er sehe in seiner den Triumph des gesetzlichen Christentums. Er verlor übrigens nicht nur den Sekretärposten, sondern wurde auch bei der Rekonstruktion des parlamentarischen Ausschusses beiseite geschoben; auch haben die Gemäßigten eine vollständige Niederlage erlitten.

Lübeck und Umgegend.

13. September.

Im Senate. Für die Dauer der Abwesenheit des Dr. Brehmer haben den Vorsitz im Finanzkomitee Senator Dr. Klug, in der Ober-Schulbehörde Senator Dr. Eschenburg, in der Rekursbehörde der Ober-Schulbehörde Senator Dr. Plesing übernommen. Für die nächste Versammlung der Bürgerchaft ist die Tagesordnung festgesetzt: I. Mitttheilung des Beschlusses des Senates: 1. Bewilligung von 500 Mark zur Erneuerung des Beleges und Höherlegung der Fußsteige der Dannewerksbrücke. 2. Verlegung der dem Kaufmann Eduard Tappe gestellten zur Fertigstellung der Straßenstrecke Na-N (Umland) von der Cronsforder Allee bis zur Einmündung der Straße Uh bis zum 1. April 1895. 3. Gewährung von Staatsbeihilfe von jährlich 4800 Mark an die Gesellschaft Casino auf fernere zehn Jahre. 4. Festsetzung der Stall- und Markt-Gebühren für die Viehhaltung. 5. Anstellung eines Inspektors für die Wasseranstalt. 6. Nachbewilligung von 7280,35 Mark der Ober-Schulbehörde zur Ausgleichung ihrer Abgaben vom Jahre 1893. III. Kommissionsbericht, betreffend: Uebertragung der Geschäfte der freien Gerichtsbarkeit von dem Stadt- und Landamte an das Amtsgericht. Der Elb-Travelkanal soll, wie ein hiesiges Blatt erhalten will, erst dann in Angriff genommen werden, wenn der Gesamtplan von der Regierung genehmigt ist. Das ist zwar neu, aber nicht ungewöhnlich, denn es heißt nichts anderes als: wenn die Schwalben kommen, wird endlich der Bau beginnen. In der Irrenanstalt betrug die Zahl derjenigen, welche eine direkte Unterstützung erhielten, am 1. Januar 1893: 311 männliche und 276 weibliche, im Laufe des Jahres kamen 537 Personen und zwar 399 männliche und 138 weibliche. Es sind also im Laufe des Jahres 710 männliche und 561 weibliche, im Ganzen 1271 Personen unterstützt. Indirekt an der Unterstützung 210 Ehefrauen und 772 Kinder. Die Gesamtzahl derjenigen, welche Unterstützung erhalten, betrug 2102 Personen oder 3,06 pCt. der Bevölkerung.

Abgehobene Wege. Seitens des Polizeiamtes sind in der Cronsforder Allee abweigenden öffentlichen Wege über den sogenannten Ramp nach der Kahl-

horststraße auf der Strecke von der Cronsforder Allee bis zum Schnittpunkte mit der verlängerten Kahlhorststraße, ferner über den sogenannten Töpferberg nach der Kahlhorststraße Allee auf der Strecke von der Cronsforder Allee bis zum Schnittpunkte mit der Straße T des Bebauungsplanes aufgehoben worden.

Deffentliches Schlachtthier. Es wurden im Monat August 1894 geschlachtet: Ochsen 76, Kühe 131, Stiere und Starke 577, fetter Kalber 419, magerer Kalber 150, Lämmer 5, Fiegen 8, Schweine 1376, Schafe 913, Pferde 25, zusammen also 3681 Thiere, gegen 3264 Thiere in demselben Monat des Vorjahres. Von den geschlachteten Thieren wurden als ungeeignet zur menschlichen Nahrung befunden, mit Beschlag belegt und vernichtet: 1 Kuh und 1 Schwein wegen Tuberkulose, 1 magerer Stier wegen Geschwür, 1 Schwein wegen Pyämie (Eitervergiftung), 1 Kuh wegen eitriger Bauchfellentzündung, 1 Kuh wegen Abmagerung in Folge eitriger Gelenkentzündung und 1 Schaf wegen Abmagerung und wässriger Beschaffenheit des Fleisches. Im Dampf-Desinfektor wurden getödtet: 1 Kuh und 13 Schweine wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen Actinomycos. Bedingungsweise wurden freigegeben (nicht abgestempelt) und zwar als Futter für die Thiere des Zoologischen Gartens 2 Kühe wegen Finnen und 1 Kuh wegen Abmagerung. Bei den übrigen geschlachteten Thieren sind 617 einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. Ferner wurden 1286 Kilogramm Fleisch auswärts geschlachteter Thiere im Schlachthause untersucht, hierbei wurde 3 Rinderlungen, 1 Rinderleber und 6 Kilo Rindfleisch vernichtet. Im Monat August 1893 wurden nur 1016 Kilo Fleisch untersucht.

Eine zweckmäßige Erfindung hat, wie „Eisen-Ztg.“ mittheilt, ihr jüngster Lehrling gemacht. Derselbe hat einen Apparat zur Verhütung von Unglücksfällen durch die Straßenbahn konstruirt. Derselbe soll das Ueberfahren von Personen gänzlich ausschließen. Die Erfindung, welche gleichzeitig das Reinigen der Schienen von Schmutz, Schnee und Eis besorgt, ist bereits zum Patent angemeldet. Ob sich der Apparat bewährt, bleibt jedenfalls noch abzuwarten. Dem jungen Menschen wäre ein Erfolg um so mehr zu gönnen, da er taub ist.

Zollangelegenheiten. In der Absicht nutzlosen Reklamationen deutscher Interessenten gegen die Anordnungen der russischen Zollunterbehörden vorzubeugen, macht die „Nordd. Allg. Ztg.“ darauf aufmerksam, daß Artikel 82 des russischen Zolltarifs Folgendes vorschreibt:

„Der Chef des Zollbezirks entscheidet ungidtlich: 1. in Angelegenheiten, bei denen es sich darum handelt, an Stelle der von den Zollämtern für Unrichtigkeiten in den Deklarationen verfügt Konfiskationen oder Konfiskationen zu lassen, wenn die Höhe der verhängten Zollstrafe 100 Rubel nicht übersteigt. 2. bei Beschwerden über eine von den Zollämtern verfügte Konfiskation beschlagnahmter Waaren, wenn der Schätzungswert der letzteren 100 Rubel nicht übersteigt. Beschwerden über eine von den Zollämtern verfügte Konfiskation beschlagnahmter Waaren, deren Schätzungswert mehr als 100 Rubel beträgt, werden von dem Chef des Zollbezirks in Begleitung seines eigenen Gutachtens dem Zolldepartement zur Entscheidung vorgelegt.“ Hierzu ist noch zu bemerken, daß nach der Rechtsprechung des russischen Zolldepartements dieser Artikel Reklamationen bis zum Betrage von 100 Rubel von der Appellation überhaupt ausschließt und demgemäß eine Appellation an diese Behörde in derartigen Angelegenheiten keinerlei Aussicht auf Erfolg bietet.

Schrecklich! Thränen des Auges meldet der Chefredakteur des bismarckverhimmelnden „Wälder Courier“ seinen Lesern, daß bei dem Begräbniß unserer Genossen Wabnitz die Zahl der Kränze 360 betrug, das sind 80 mehr als seiner Zeit bei der Beisetzung Kaiser Wilhelms I., niedergelegt wurden. — Einer einfachen Arbeiterin wurden mehr Kränze gewidmet als dem „Heidenkaiser“! Das ist in den Augen unserer Hurrafanatiken ein Verbrechen, das nahezu an Hochverrath grenzt.

Schöffengericht. Wegen Betruges wird der vielfach vorbestrafte Sattler D. zu einer Haftstrafe von 6 Wochen und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde bestraft. — Der Schmiedegeselle G., welcher von Burg auf Fehmarn wegen schweren Diebstahls festgenommen wurde, hat sich bei seiner Verhaftung auf dem hiesigen Bahnhofs energisch zur Wehr gesetzt. Er mußte schließlich auf einen Wagen nach dem Markt gefahren werden. Dabei hat er noch die ihn transportirenden Schulente beschimpft. Der Staatsanwalt beantragt wegen Widerstandes und Beleidigung eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten und einer Woche Gefängniß. Das Gericht erkennt, da der Widerstand ein sehr roher war, auf eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten. — Ungeachtete Gewichtstücke sind bei dem Kohlenhändler B. vorgefunden. B. hatte daher ein Strafmandat von 10 Mk. erhalten, gegen welches er Berufung eingelegt hat. Er behauptet, daß die Gewichtstücke nicht im Geschäft gebraucht würden, dieselben hätten vielmehr seinen Kindern als Spielzeug gedient. Das Gericht scheidet diesen Behauptungen jedoch keinen Glauben und verwirft die Berufung; außerdem werden die Gewichtstücke eingezogen. — Wegen Beleidigung zweier Schulente wird der ca. 30 Mal vorbestrafte Zimmermann St. in eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen verurtheilt. — Wegen zu später und unvollständiger Anmeldung seiner Gehülfen zur Invaliditätsversicherung hat sich der Tischlermeister W. zu verantworten. Das Gericht erkennt jedoch nach Beendigung der Beweisaufnahme die Unvollständigkeit nicht als durch die Schuld des W. entstanden an, ist vielmehr der Ansicht, daß, wenn die Verwaltungsbehörde verlangt, die Anmeldungen sollten nach einem bestimmten Formular geschehen, dieselbe auch verpflichtet sei, das Formular und die Methode der Ausfüllung öffentlich bekannt zu geben. Wegen zu später Anmeldung wird W. in eine Geldstrafe von 1 Mk. verurtheilt. — Außerdem hat er die Kosten des Verfahrens zu tragen. — Im angetrunkenen Zustande soll der Arbeiter B. in die Wohnung des Flußhändlers W. gekommen sein und dieselbe später nicht auf die Aufforderung des Berechtigten verlassen haben. B. will sich in das Haus begeben haben, um eine Forderung an W. in der Höhe von 1 Mark geltend zu machen, von W. aber gleich mit Schlägen bedacht sein. Ein Zeuge dagegen sagt aus, daß B. oben auf dem Fluß mit W. in heftigen Wortwechsel gerathen ist, und denselben hierbei thätlich angegriffen hat. Er hat gehört, daß W. mehrere Male den B. aufgefordert hat das Haus zu verlassen. Auf die Hilferufe des B. ist er dann hinauf gegangen und hat den B. die Treppe hinunter getragen. B. wird wegen Hausfriedensbruch in eine Geldstrafe von 10 Mk. ev. 3 Tage Haft und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt. — Um sich mit seinem Vicewirth, dem Produkthändler Th. in Stodelsdorf, wegen vorzeitiger Räumung seiner Wohnung in Verbindung zu setzen, ist der Heizer D. in die Wohnung des Th. gegangen. D. bot dem Th. an, wenn er ihn ziehen lasse, die Wohnung sofort wieder zu vermieten. Th. ging darauf nicht ein, und es kam zwischen beiden zu unliebamen Auseinandersetzungen, an denen sich hauptsächlich auch die Frau des Th. betheiligte. Die letztere forderte den D. mehrere Male auf ihre Wohnung zu verlassen. D. that dies jedoch erst auf die Aufforderung von Seiten des Mannes. Er verließ zunächst die Stube und auf eine weitere Aufforderung erst das Haus. Das Gericht spricht den D. von der Anklage des Hausfriedensbruches frei, da die Frau in

Wegenwart ihres Mannes nicht zu der Aufforderung berechtigt, die Aufforderung daher auch von dem Angeklagten nicht zu beachten war, der letztere aber das Haus auf die Aufforderung des Mannes verlassen hat. — Aus Anlaß einer Vorladung zum Termin des Schöffengerichts, hat der Heizer W. seine Frau mißhandelt. Vor dem derzeitigen Schöffengericht hat die Frau ihre Klage verweigert. W. giebt an, daß seine Frau trinkt und dann Streit mit ihm anfängt. Die Frau des Angeklagten, sowie eine als Neugin vernommene Mitbewohnerin des Hauses lagen aus, daß W. am 18. August seine Frau gestochen, auf die Erde geworfen und arg geschlagen habe. W. will dieselbe nur zur Thür hinaus gestoßen haben. Das Gericht verurtheilt den Angeklagten in eine Gefängnisstrafe von 4 Tagen und in die Kosten des Verfahrens, von der ebenfalls wegen Bedrohung gestellten Klage wird derselbe dagegen freigesprochen. — Bei dem Pachten der Milch des Fuhrers L. in Cronsförde will der Milchhändler Z. aus Stodelsdorf ausgemacht haben, daß ihm L. Stroh, Häfel und Heu für sein Pferd zu liefern habe. L. giebt zu, daß von der Lieferung des Obenbenannten gesprochen sei, will jedoch die Lieferung von seiner eigenen, jedesmaligen Zufolge abhängig gemacht haben. Nachdem er dem Z. mehrere Male mit Stroh und Heu begegnet ist, hat er sich nochmals ausdrücklich das Mitnehmen derselben ohne seine Erlaubniß verboten. Z. hat aber später doch wieder seinen Wagen so voll geladen, daß er unterwegs einen Theil von dem Stroh verloren hat. Z. will in dem Glauben gehandelt haben, daß er dazu berechtigt war. Aus den Aussagen der Befähigungszeugen geht jedoch das Gegentheil hervor. Der Staatsanwalt beantragt wegen Diebstahls 2 Monate Gefängniß. Das Gericht geht jedoch über dieses Maß hinaus, und verurtheilt den Angeklagten zu 3 Monaten Gefängniß und in die Kosten des Verfahrens.

Hamburg. Ueberführung der Gerichte. In diesem Kapitel, zu dem in letzter Zeit alle Gegenden des Reiches ihre Beiträge lieferten, theilt das „Echo“ über die Hamburger Verhältnisse Folgendes mit: In den bis jetzt bestehenden drei Strafkammern des Landgerichts sind die Termine schon auf eine unglaublich lange Zeit im Voraus angelegt; in der ersten bis Ende Oktober und in den beiden anderen sogar bis in den Anfang nächsten Jahres hinein. In den fünf Abtheilungen des Schöffengerichts sind die Termine ebenfalls schon bis in den November, resp. Dezember hinein festgelegt. Sehr häufig findet man, daß für einen Tag so viele und so große Strafsachen angelegt sind, daß die Gerichte über acht oder neun Stunden zu tagen haben. Nicht nur die Richter leiden unter einer so langen Tagung, sondern auch Angeklagte und Zeugen. So kommt es, vor Allem in einer der Strafkammern, gar nicht selten vor, daß die Zeugen vier oder sechs Stunden warten müssen, ehe die Sache, zu der sie geladen sind, überhaupt begonnen wird. Da die Zeugen das Gerichtsgebäude nicht verlassen dürfen, ohne sich der Gefahr der Verstrafung auszusetzen, ist dieser unfreiwillige und vor Allem auch unnütze lange Aufenthalt mit den größten Unannehmlichkeiten für Zeugen wie Angeklagte die sich auf freiem Fuß befinden, verknüpft, denn zu essen oder trinken giebt es im Gerichtsgebäude absolut nichts. Man kann daher sehr wohl auch manchmal von den auf diese Weise gequälten Leuten Auslassungen zu hören bekommen, die für die Gerichte nichts weniger als schmeichelhaft sind. Diese Mißstände werden nicht eher gebessert werden, als bis sowohl die Zahl der Richter, wie der Strafkammern und Schöffengerichte ganz bedeutend vermehrt wird, denn die Verbrechen und Vergehen gegen die Strafgesetze werden bei den herrschenden überaus wirthschaftlichen Zuständen keineswegs abnehmen.

Hamburg. Die Veruntreuung von etwa 50 000 Mark durch den Polizeiaffistenten Schladesch zum Nachtheil der Hamburger Polizeihauptkasse ist schon vor drei Wochen entdeckt worden. Der ungetreue Beamte hatte seit Jahren eine Vertrauensstellung. Ihm wurden die Gelder eingewandt, die der Weiterbeförderung mittelbarer Hülfsarbeiter, die zu den Grenzen abgehoben werden sollten, dienen sollten. Die Anweisungen zur Hebung des Betrages waren von Schl. dem zunächst vorgelassenen Polizeisekretär zur Unterschrift vorzulegen. Diese erfolgte entweder ohne Einsicht in die Belege oder ohne Durchsicht der Anweisungen selbst. Die Kassenverwaltung, obwohl „Wand an Wand“, rügte wiederholt schriftlich die bemerkten Unregelmäßigkeiten; aber Schl. hat alle Monita — er war ja Vertrauensmann — abgefangen bis auf das letzte, das in seiner Abwesenheit einem anderen Beamten in die Hände fiel, der darüber Meldung machte. Schl. wurde sofort verhaftet, und die Untersuchung ergab, daß die Unterschlagungen seit fünf Jahren verübt sind. Der noch vorgefundene Betrag sind 7000 Mk.; für den Rest von mehr als 40 000 Mark werden die höheren Beamten, Polizeisekretäre, sämtlich Doctores juris, haftbar gemacht werden, die nacheinander vorgelegte Schl. waren und Unterschrift leisteten. Man spricht davon, daß einer für 12 000 Mk. erspäßlich sei. Der Polizeiaffistent Schl., der verurtheilt ist, machte, wie auch seine Frau, großen Aufwand und hatte auf Befragen vorgelegter Hefen eine reiche Heirath als Veranlassung angegeben. Dem Polizeisekretär vorgelegt ist der Polizeidirektor, der nur noch dem Polizeiherrn, d. h. dem Chef der Polizeiverwaltung, dem Senator Sachmann, untersteht. Diesen und mit ihm den hiesigen Senat berührt die ganze Sache äußerst peinlich. (Das glauben wir wohl.) Dies ist auch der Grund, weshalb die Geschichte „vertuscht“ wurde; keine einzige Zeitung meldete etwas davon. — Neulich meldete unser Amtsblatt die Unterschlagung des ungetreuen Kassiers der Wäler in Hamburg und nannte dies: Sozialdemokratische Finanzwirtschaft. Wir erlauben nun die Lübeckischen Anzeigen für die Unterschlagung der Polizeigelder die richtige Stichmarke zu suchen. Bis jetzt allerdings schweigt man sich beharrlich aus. Ein recht bedenkliches Zeichen.

Am gestrigen ersten Ziehungstage der 5. Klasse der 306. Hamburger Stadt-Lotterie wurden nachfolgende Nummern mit nebenstehenden Hauptgewinnen gezogen: Nr. 11922 mit 70000 Mk., Nr. 40283 mit 10000 Mk., Nr. 45444 mit 5000 Mk., Nr. 34592 44205 53595 81669 108601 mit je 300 Mk., Nr. 11590 12128 12855 25166 30614 33623 43642 79792 90752 97807 105186 à 200 Mk. (Ohne Gewähr.)

Niel. Unglücksfall in der Marine. Auf dem Panzerdampfer „Deutschland“ ereignete sich ein schrecklicher Unglücksfall. Um die Kohlenübernahme schneller bewerkstelligen zu können, benützte man zum Hissen der Körbe auch das Dampfspinn. Die dabei verwendeten Blöcke waren jedoch der Last nicht gewachsen, ein Hafen zerbrach und das dabei freiverdende Tau warf zwei Obermatrosen derartig zu Boden, daß dieselben Beinbrüche davontrugen. Der eine erhielt außerdem durch den losgerissenen Block eine erhebliche Wunde am Kopfe in der Nähe des Auges.

Kloster. Der Streit der hiesigen Töpfer hat, wie die „Mecklenburger Volkszeitung“ berichtet, ohne irgend einen Erfolg der Gesellen geendet. Daß derselbe zu deren Ungunsten ausfallen mußte, ist wesentlich auf das von dem Vorsteher des Klosters erlassene einseitige Verbot des Betretens des gesamten Hofplatzes durch die zureisenden Töpfer erwartenden Ausständigen zurückzuführen, welche Beschränkung der persönlichen Bewegungsfreiheit in dem dort stationirten Polizeiamt Höggen einen „schneidigen“ Vertreter fand, obwohl ihm seitens der vorgelegten Behörde kein derartiger Auftrag erteilt war. Der Beamte hat dafür gesorgt, daß die Streikbrecher in die Hände der Meister gelangten, welche letzteren natürlich ungehindert auf dem Hofplatz verkehren konnten und sich in's Fäustchen lachten über das so gut gelungene Werk, das ihnen ermöglichte, den freitenden Gesellen den Fußtritt geben zu können und die vornehmste Unternehmertugend der Lohndrücke zur Geltung zu bringen. Auch auf dem Fr.-Fr.-Bahnhofs war die Polizei eifrig bemüht, die mit dem

Jagen eintreffenden Arbeiter auszuforschen und etwaige Lypser an die Innungsmeisteradressen abzuliefern. Würde die Polizei nur die ihr zusehende Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in's Auge gefasst und sich nicht zu Handlangerdiensten für die Unternehmener hergegeben haben, so hätte der Streik ohne Zweifel einen für die Gesellen günstigen Ausgang genommen.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Nach den neuesten über London hier eingetroffenen Nachrichten aus Dar-es-Salem über die kürzlich gemeldeten Unruhen in Kilwa wurde das dortige Regierungsgebäude am 7. September früh von 2000 Aufständischen angegriffen. Der Kampf währte 2 Stunden. Der Verlust der Angreifer belief sich auf 100 Mann, während von der Schutztruppe nur 2 Subanen fielen. Die Drähte zwischen Kilwa und Dar-es-Salem sind von den Rebellen durchschnitten. Die Aufständischen, welche Gewehre hatten, gehören dem Stamme der Mawendi an.

Breslau. Choleraanachrichten. In den letzten zwei Tagen sind im Kreise Kattowitz wiederum bedauerlicherweise 20 Fälle asiatischer Cholera festgestellt worden. Hierzu kommt noch ein Cholerafall in Zaborsze, Kreis Zabrze, der sich am Sonnabend daselbst ereignet hat. — In Niederschlesien tritt die Cholera bedenklich auf. Polnische Arbeiter aus Russland und Galizien werden ausgewiesen und über die Grenze geschafft. — Der Regierungspräsident in Oppeln ordnete die vollständige Sperrung der russischen Grenze an.

Allenstein (Ostpreußen). Im Kirchdorfe Grieslienen ist durch bakteriologische Untersuchung Cholera asiatica festgestellt worden. Bisher sind 15 Personen erkrankt, von denen 4 starben.

Paris. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben

angezeigt, daß sie die Regierung in der Kammer über die Eisenbahnkatastrophe bei Apilly in'serpelliren werden.

Sprechsaal.

(Unter dieser Rubrik werden wir Stimmen aus dem Leserkreise veröffentlichen. Wir übernehmen die pressgesetzliche Verantwortlichkeit für diese Artikel, ohne jedoch den Gesandten gegenüber irgend welche Verantwortung zu übernehmen. Eingekandt können nur dann Berücksichtigung finden, wenn die Person des Einsenders genau angegeben ist.)

(Eingekandt.)

Warne hiermit sämtliche Markt-Besucher Lübeck's, falls sie ihre Einkäufe beim Gärtner Mittscher machen sollten, nie etwas zu kaufen, ohne jemanden bei sich zu haben, der jederzeit bezuggen kann daß sie die gekaufte Waare auch bezahlt haben. Sie könnten sonst die unliebsame Erfahrung machen, das bereits Bezahlte noch einmal bezahlen zu müssen. Mir ist es so ergangen. Ich kaufte am 25. August von einem Mann, welcher bei einem mit Reittigen gefüllten Korbe stand, einen Reittig, bezahlte ihn, drehte mich um und ging, auf den kaum fünf Schritt entfernten Gemüsehändler Westpfal zu und unterhielt mich diesen. Da kam nach ungefähr zehn Minuten plötzlich die Gärtnerfrau Mittscher auf mich zu und forderte 10 Pf. für ihren Reittig. Als ich ihr erwiderte, ich hätte meinen Reittig an den bezahlt, von dem ich ihn gekauft habe, rief sie ihren Mann herbei. Derselbe stürzte auf mich los, forderte die Bezahlung und hielt mich an beiden Armen fest, bis ein Schutzmann kam und mich aus der gewiß nicht angenehmen Klemme befreite. Nun aber noch nicht genug. — Der Mittscher stellte Straf-antrag wegen § 370, Abs. 5 und ist nun abzuwarten, ob sich das Gericht der Forderung Mittscher's anschließen wird.

Ludwig Völkler.

Gerichtliche Zwangsversteigerungen:

Haus:	Besitzer:	Termin:
Blicherstraße 24,	Feilcke, J. C. G.,	28.
Marlistraße 18 u. 18 a,	Ehlers, H. F. F., Ehefrau,	"
	E. K. S. geb. Kuesch,	28.
Hafenstraße 12,	Uhrens, H. L. C.,	28.
Schwart. Allee 129,	Lewandowsky, J. L.,	28.

Briefkasten.

Schriftliche und mündliche Auskunft auf Anfragen Denjenigen, die sich als Abonnenten ausweisen können. Sprechzeit der Redaktion ist nur von 12-1 1/2 Uhr. Anonyme Zuschriften werden nicht veracktscht.

Waidling. Der Inspektor. Das kommt auf den St. Sternschanz-Biehmarkt.

Hamburg, 12. Sept.
Der Schweinehandel verlief gut. Zuführt wurden 1200 Stück, davon vom Norden vom Süden — Stück. Preise: Verbandschweine schwere 54 leichte 54-56 Mk., Sauen 40-51 Mk. und Ferkel 52 pr. 100 Pfd.

Angewommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angewommene:	
Mittwoch, den 12. September.	
1,40 U. N. D. Fehmarn, Ehter, von Neustadt in 1 St.	
3,20 U. N. D. Thor, Madsen, von Ralskov in 8 St.	
Donnerstag, den 13. September.	
4,30 U. N. D. Palmstab, Lundin, von Kopenhagen in	
Abgegangene:	
Mittwoch, den 10. September.	
11,30 U. N. D. Enmi, Lyberg, nach Westervik.	
12,20 U. N. D. Falke, Ehter, nach Fehmarn.	
12,45 U. N. D. Anna, Albersen, nach Vinhamm.	
1,35 U. N. D. Waino, Lynel, nach Nyfstad.	
4,— U. N. D. Adler, Fischer, nach Wismar.	
7,15 U. N. D. Våbet, Pultman, nach Kopenhagen.	
7,25 U. N. D. Gauthiod, Nydell, nach Stockholm.	
Donnerstag, den 11. September.	
7,30 U. N. D. Aurora, Schloppe, nach Neustadt.	
Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Nm NW., frisch.	

Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Bineta ist am 12. d. M. in Königsberg angekommen.
D. Strahburg ist am 12. d. M. in Neval angekommen.
D. Iris ist am 11. d. M. von Wasa auf hier abgegangen.
D. Unbeca ist am 12. d. M. von Dundee nach Newcastle abgegangen.
D. L. Torstenon ist am 12. d. M. wegen Sturm in gelauten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Geschäfts-Anzeigen.

Oelfarben, schnell trocknend, äußerst dauerhaft, fit u. fertig z. Gebrauch. Pinjel, Siccativ, Abzugpapier. **Ferd. Kayser,** Breitestr. 81, Farben u. Drog.

I^a Kirschsafft empfiehlt billigst **Otto Dräger.**

FF Margarine von **A. L. Mohr, Bahrenfeld** ist anerkannt die feinste. Ich liefere 1 Pfd. für 80 Pf., 2 Pfd. für 1,50 Mk. auf einem Gratisteller. In Gebinden zu Fabrikpreisen. **Ludw. Hartwig, Obertrave 8.**

Empfehlungs-Karten per 100 Stück von 2 Mk. an liefert prompt und sauber **Die Druckerei des Ldb. Volksboten** **Friedr. Meyer & Co.**

Stiefel befohlen 1,75, Abfälle 60 Pf., Damenstiefel 1,25, Abf. 30 u. 40 Pf. Bestes Material, saubere Anfertigung. **A. Stapelfeld, Süßstraße 61, part.**

In der **Exped. des Lübecker Volksboten** ist zu haben: **Des Feermanns Leben und Leiden.**

Zur Warnung für Die aus dem Binnenland, Zur Mahnung für Die von der „Waterkant“. Nach attemmäßigen Belegen getreu der Wahrheit geschildert. Preis 40 Pfennig.

Vereins- und Vergnügungs-Anzeigen.

Tivoli. Freitag den 14. Septbr.: 3. Auftreten des modernen Herkules **Bernh. Leitner** (colossaler Erfolg, berechtigtes Aufsehen erregend) sowie der Costüm-Joubrette **Frl. Gräfenstein**, des Humoristen **Hrn. Leopold** und der urkomischen Duettisten **Gebr. Sternow.** Anfang 8 Uhr. Näheres die Plakate. Diese Vorstellungen werden auf allgemeinen Wunsch noch bis incl. Sonntag den 16. September stattfinden!

Club „Frisch Auf“ **Ball** am Sonntag den 16. Septbr. 1894 in der **Wakenitz-Bellevue.** Anfang 5 Uhr. Entree 50 Pf. Damen frei. Der Vorstand.

Vermietungen und Mieth-Gesuche. Eine freundliche Wohnung zu verm. **Margarethenstraße 22.** Wohnungen und 1 Logis zu verm. **Johannisstraße 63.** Ein Logis zu vermieten. **Wielandstraße 2 a, part.**

Logis für einen jungen Mann oder Mädchen, am liebsten Schneiderin. **Krähenstraße 35.**

Gesucht zum 1. Oktober ein unmöbliertes Zimmer. Offerten unter S 5 an die Exped. d. Bl.

Färberei **Färberei** **Färberei** **Färberei** **Färberei**

H. Dobberstein's Dampffärberei und chem. Waschanstalt **Hürstraße Nr. 47** reinigt und färbt Herren- und Damengarderoben etc. in kürzester und in bekannt billigster Weise.

Versammlung des 7. Districts am Freitag den 14. ds. Mts., Abends 8 1/2 Uhr **im Waisenhof.** Tages-Ordnung: 1. Wahl eines Districtführers. 2. Verschiedenes. **Der Districtführer** NB. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, zu erscheinen.

Tafelbirnen, à Pfd. 10 Pfg., **Kochbirnen, per 10 Liter 50 Pfg.** **E. Rust, Wakenitzstraße 11.**

Zu kaufen gesucht ein großer wasserfester **H. H. G. Strunk, Zimmer** **Ballaststraße 1 b, gegenüber Koch's Sch**

Die Aufbarmachung des Meerwassers für städtische Zwecke

eine namentlich für Küstenstädte überaus wichtige Frage, welche in jüngster Zeit von mehreren Seiten eingehend studirt und auch in verschiedenster Weise gelöst worden ist. Weitere Beachtung verdienen die diesbezüglichen Anlagen in Great Yarmouth, welche nach den Ausführungen der „Zeitschrift des österr. Ing. und Arch.-Vereins“ interessante Versuche in Havre und Breest zur Folge gehabt haben. Great Yarmouth liegt an Flusse Yare etwa vier Kilometer von dessen Einmündung in das Meer und zählt 40 000 Einwohner, an andern Ufer des Flusses liegen die Vororte Gorleston und Southtown. Wegen der eigenthümlichen Anlage der Orte können die Abfällwässer nur durch kurze Kanäle mit geringem Gefälle, welches zwischen 1 : 500 bis 1 : 600 variiert, abgeführt werden. Das Trink- und Aufwasser, welches von einer Kanal-Gesellschaft geliefert wird, ist wegen der erforderlichen Reinigung theuer und die Spülung der Kanäle dementsprechend mangelhaft gewesen. Um eine auch pekuniär nicht hintenanstehende gute Reinhaltung der Kanäle vornehmen zu können, entschloß man sich, das Meerwasser hierzu heranzuziehen. Bei der im Betriebe befindlichen Anlage geschieht diehebung des Meerwassers durch zwei Pumpen von 13 570 Liter Leistungsfähigkeit in der Stunde, welche von einem 8 Pferdestärken haltenden Otto'schen Gasmotor betrieben werden. Das Wasser gelangt in ein eisernes Reservoir von 105 000 Liter Fassungsvermögen, welches sich in einem von der Pumpstation etwa 200 Meter entfernt liegenden, gemauerten Thurme in einer Höhe von 13,42 Meter über Niedrigwasser und 3,66 Meter über dem höchsten Punkte der Stadt befindet. Da der Behälter 2,44 Meter tief ist, ist für die höchstgelegenen Punkte der Stadt eine faktische Druckhöhe von 10 Meter vorhanden. In geringer Entfernung von der Pumpstation ist in die Leitung ein eisernes Reservoir eingeschaltet, das zur Ablagerung des Sandes dient; es hat einen Durchmesser von 2,28 Meter und eine Höhe von 4,57 Meter; seine Reinigung erfolgt einmal im Jahre. Die Druckrohre zum Reservoir sind 100 Millimeter stark, die Verteilungsrohre für die einzelnen Kanäle haben jedoch Durchmesser von 75—175 Millimeter. Ihre Gesammtlänge beträgt 14,5 Kilometer. In den Straßen eingelassene Hydranten, welche höchstens 45 Millimeter von einander entfernt sind, gestatten das Füllen von Straßenpferdewagen. Gewöhnlich wird das Meerwasser im Sommer zwei- bis dreimal, im Winter einmal täglich durch die Kanäle gelassen. Die erste Anlage hat sich so gut bewährt, daß der Stadtrath auch in der jenseits der Yare gelegenen Vororte einen gleichen Plan zur Ausführung bringen ließ. Hier weist das Rohrnetz eine Gesammtrohrlänge von 6,4 Kilometer auf. Die Kosten für beide Anlagen sollen sich nur auf 187 500 Mark belaufen.

Soziales und Partei-Leben.

Zum Parteitag in Frankfurt a/M. ladet der Parteivorstand zum zweiten Male ein und ersucht insbesondere,

Meister Timpe.

Sozialer Roman von Max Kreher.

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

XIX.

Der Meister predigt Aufruhr.

In Scheller's Salon war die Versammlung noch nicht eröffnet. Der Saal war völlig besetzt, denn zu der Zahl der Strittenden hatten sich hunderte von Berufsgenossen gesellt. Obendrein war heute Wahltag. Man hatte früher am Abend gemacht und befand sich bereits seit Stunden in aufgeregter Stimmung. Auf der kleinen Bühne im Vordergrund hatte der Vorstand sich niedergelassen. Rechts, gefolgt von ihm, saß der überwachende Polizeilientenant und hinter diesem Alexander Liebegott. Er hatte die Hände über den dicken Bauch gefaltet, drehte aus der Weile die Daumen und trug eine höchst würdevolle Miene zur Schau, über die Krüfemeier sich sehr wundern haben würde. Nur die Enden des gewaltigen Schnurrbartes hingen gleich durchnässten Tranerfloren nieder.

Die Gläser klapperten, dichter Cigarrendampf stieg zur Decke empor und hundertsätiges Stimmengewirr durchwirrte den Saal. Die Thür öffnete sich von Minute zu Minute. Die neu Ankommenden drängten sich durch Reihen und spähten nach leeren Stühlen. Man besaß sich laut, versuchte, sich zu Bekannten hinzudrängen und erkundigte sich nach diesem und jenem. Die ganze Versammlung drehte sich um die Erbschaft. Man setzte sicheres Durchkommen des Arbeiterkandidaten voraus, das offizielle Resultat fehlte noch. Jeder Hinzu-

die Wahl der Delegirten und Einreichung der Anträge rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge müssen bis spätestens 10. Oktober in den Händen des Parteivorstandes Berlin SW., Kaybachstraße 9, sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8, Absatz 2 der Parteiorganisation im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in die gedruckte Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen. Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung des Vertrauensmannes, sollen sie zur Veröffentlichung und Berathung gelangen. Die Adresse des Lokalkomitees ist: Friedrich Brühne, Frankfurt a/M., Liebfrauenberg 26. Die Parteigenossen, welche als Delegirte zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Lokalkomitee rechtzeitig Mittheilung zu machen, damit dieses in Bezug auf Quartier u. die nöthigen Vorbereitungen treffen kann.

Die ganz besonders schlechte Lebenshaltung der schlesischen Arbeiter ist bekannt. Die Löhne sind derartig beschnitten, daß sie durchaus nicht zu einem halbwegs anständigen Leben hinreichen. Einen Blick „hinter die Coulissen“ gewährte ein im „Proletarier aus dem Endgebirge“ veröffentlichtes Ausgabebuch und Einnahmenbuch eines Hirschberger Arbeiters. Derselbe hatte sich der Mühe unterzogen und genau notirt, was er in einem Jahre ausgegeben hat. Seine Familie bestand aus 4 Personen und das Jahreseinkommen betrug 612 Mk. Die nachstehenden Ausgaben sind auf ein Jahr und zwar vom 1. Juli 1893 bis 30. Juni 1894 berechnet. Der Arbeiter brauchte:

Für Alters- und Invalidenversicherung und Krankengeld	19,22 Mk.
Wohnung	78,--
Holz und Kohlen	42,--
Wassersteuer	3,--
Communalsteuer	2,40
Kreissteuer	2,28
Zeitung	7,80
Seife, Soda, Stärke u. s. w.	7,80
Wett-Stroh	1,75
Fußbekleidung für 4 Personen	22,50
Sonstige Bekleidung	28,80
Maßiren und Paarschneiden	3,40
Sterbelasse	20,80
Au noch nicht ausgeführten wirthschaftl. Ausgaben	7,40
Schuldenzinsen	1,15
Entbindungskosten	9,20
Ein Kind 9 Wochen gezogen	11,25
Bestetes beerdigen lassen	12,70
Apothek	4,30
Doktor-Rechnung	6,--
kleine Ausgaben	5,20
Summa	294,95 Mk.

Rechnet man diese Summe von dem Jahreseinkommen von 612 Mk. ab, so verbleiben für Essen und Trinken 317 Mk. 5 Pf., das heißt pro Woche etwa 6 Mk. 9 1/2 Pf. und pro Tag ungefähr 87 Pf. Da nun die Familie 4 Köpfe zählte, so erhielt die Person pro Tag nicht ganz 22 Pf. Für diese 22 Pf. pro Tag wollen die Herren Unternehmer aber auch noch kräftige Arbeiter haben und verlangen eifständige Arbeitszeit pro Tag. Von 22 Pf. muß ein Arbeiter pro Tag leben, während mancher „Herr“ sich sein zweites Frühstück 6 Mk. und noch weit mehr kosten läßt. Für 6 Mk. muß aber, wie oben gezeigt, eine Arbeiterfamilie die ganze Woche leben. Dieser Arbeiter hat noch höheren Lohn empfangen, sagt der Berichterstatter erklärend dazu, als viele der übrigen Arbeiter am Orte. Wie mag es erst diesen ergehen!? Die Endgebirgsarbeiter haben oft sogar noch nicht 3 Mk. als ganzen Wochenverdienst. (Wer wissen will, wie es bei diesen aussieht, lese Gerhard Hauptmanns „Weber“.) Solche Zustände halten Geistliche, die von christlicher Liebe reden, für gut, und die Menschen, die ihr Alles daran setzen, um bessere Zustände zu erreichen, werden als schlecht hingestellt.

Die bayerische Porzellan-Industrie, die in Oberfranken sehr stark entwickelt ist, scheint, wie das „Hofers Volksblatt“ mittheilt, auch vor einer Krisis zu stehen. Das Blatt schreibt: „Seit geraumer Zeit schon zeigen die Löhne eine fallende Tendenz und es giebt heute schon Porzellan-

maler, die auch nicht mehr verdienen als die Textilarbeiter. Trotdem giebt es noch eine große Anzahl Maler, die den bekannten Künstlerstolz zur Schau tragen und sich himmelhoch erhaben über alle Arbeiter dünken. Der Künstlerstolz verbietet auch Manchem, sich thätig am Kampf des Proletariats zu betheiligen und den Künstlerstolz benutzen auch viele Fabrikanten, um die Löhne herabzusetzen. Ein „Künstler“ kann doch unmöglich zu dem plebejischen Mittel des Streiks greifen. Und so werden die Porzellanmaler immer mehr den andern Arbeitern gleichgestellt und ohne daß sie es vielleicht bemerken sind sie schon in die Reihen des Proletariats hinabgeschleudert. Wir haben unter den Porzellanmalern tüchtige Parteigenossen und hoffen, daß die uns noch Fernstehenden sich auch bald ihrer Lage bewußt werden.“

Achtung, Holzbildhauer! Wegen bedeutender Lohnabzüge sind die Holzbildhauer der Stuhlfabrik von Aug. Ettig in Geringwalde in Sachsen in eine Lohnbewegung eingetreten. Wir bitten dringend, den Zugang fernzuhalten. Die Vertrauensleute.

Antisemitische Arbeiterfreunde. In der Druckerei der antisemitischen, bekanntlich stark in „Arbeiterfreundlichkeit“ machenden Mittelsächsischen Zeitung in Meißen in Sachsen ist ein Tarifkonflikt ausgebrochen, in Folge dessen der Vertrauensmann der dortigen Mitgliedschaft des Buchdruckerverbandes gemäßigert wurde, worauf das gesammte Segepersonal solidarisch mit diesem seine Kündigung eingereicht hat.

Wie in Elsaß-Lothringen Wahlen gemacht werden. Am 15. und 16. September finden in Elsaß-Lothringen die Kreis- und Bezirkstag-Wahlen statt. Der sozialdemokratischen Partei werden alle Versammlungen, die sie abzuhalten beabsichtigt, verboten — ohne Begründung natürlich, denn eine solche ist in den Reichslanden überflüssig. Wie unser Offenburger Partei-Organ meldet, sind kurz hinter einander drei Versammlungen verboten worden. — Als Kandidaten für die Bezirkstags-Wahlen hat die sozialdemokratische Partei aufgestellt: in Mühlstein: Wegger; in Saargemünd: Kaufmann Emmel; in Winzenheim: Otto Zahner; in Sulz: Oskar Wilde. — Für die Kreisstags-Wahlen werden für unsere Partei kandidiren: in Hünningen: Louis Herbrecht und Ludwig Meise; in Saargemünd: Kaufmann Emmel, Lorenz Rickert und Martin Baumgarten.

Einen bemerkenswerthen Wahlsieg hat nach der „Wiener Arbeiterztg.“ die Sozialdemokratie in Mannersdorf am Leithagebirge errungen. Sie hat bei den am 23. August stattgefundenen Gemeinderathswahlen alle ihre Kandidaten durchgebracht. Zum Bürgermeister wurde gewöhnt: Genosse Joseph Schuh; als Gemeinderäthe: die Genossen Valentin Santruschik, Valentin Kolb, Martin Köstler, Eduard Zent. Damit ist die Gemeindeverwaltung vollständig in die Hände der Sozialdemokratie übergegangen. — Den braven bäuerlichen Wählern von Mannersdorf unsere Anerkennung!

Budapest. Der Streik der Tischler dauert unverändert fort. Unterstützung dringend nothwendig. Zuzug ist fern zu halten.

Aus Nah und Fern.

Das Mädchen mit der glühenden Leidenschaft. Hochwohlwöhllicher Herr Gerichtshof, begann die unver-

kommende wurde mit Fragen bestürmt; auf allen Gesichtern glänzte die Freude über den voraussichtlichen Sieg. Man kannte sich nicht, aber trank sich gegenseitig zu auf das Wohl der guten Sache. Die Stimmen wurden immer lauter, die Gläser klirrten immer heftiger. Man gestikulirte äußerst aufgeregt oder hörte Einem zu, der am Tisch das Wort führte und die Anderen durch seinen Redefluß zum Schweigen brachte. Hier waren alle einer Meinung, die Unterhaltung war eine ruhige; dort stießen die Ansichten schroff auseinander. Die Opposition des Gegners wühlte die Leidenschaft auf und hastige, halberstickte Sätze kamen zum Vorschein, die dem Redner das Wort vom Munde ab schnitten. Dazwischen die Rufe nach dem Kellner, das Rücken der Stühle und Tische, das laute Begrüßen Eintretender und irgend ein Witzwort, das die Stimmung immer rosigter machte.

Das ganze Bild dieser Menge von tausend in steter Bewegung sich befindenden Köpfen; belebten Gesichtern, war beleuchtet von dem flackernden Licht der Gasflammen, die sich durch die ungeheure Wolke von Qualm, die den Kronleuchter umzog, wie umnebelte Irrlichter ausnahmen. Und dieses Spreizen der Finger, das jeden Kraftausdruck begleitete; diese nervösen Bewegungen der Hände, gleichsam, als wollte man durch sie die so eben gesprochenen Worte doppelt bestätigen, oder auf den Ausdruck hinweisen, nach dem man vergeblich gesucht hatte, um dem Sage einen Zusammenhang zu geben.

Auf der einen Seite des Saales steckte man die Köpfe längere Zeit zusammen und blickte nach der äußersten Ecke neben der Bühne. Dort saß mit einem fremden Herrn Franz Timpe, der stille Kompagnon Urbans. Er hatte das Strike-Komitee um die Erlaubniß gebeten, der Versammlung beizuwohnen zu dürfen, und man hatte sie ihm gegeben, weil man annahm, es sei ihm um eine

balbige Einigung zu thun. Die ihn erkannt hatten, hielten sich sehr reservirt ihm gegenüber: denn wie freundlich hatte er den Polizeilientenant gegrüßt und wie lebenswürdig war der Gruß erwidert worden.

Die Klingel des Vorsitzenden erkante und es trat Ruhe ein. Allgemeine Mittheilungen über die Ursachen des Streikes wurden gemacht, dann ergriff ein Arbeiter der Urban'schen Fabrik als Referent das Wort. Sein Name hatte bei den Versammelten einen guten Klang, seine Erscheinung war männlich und einnehmend. Er schilderte in beredten Worten den Niedergang des Drechslergewerbes, erörterte an der Hand von Lohn tabellen die traurige Lage der Gehilfen und verglich damit die lange Arbeitszeit. Es war ein trübes Gemälde, das er entwarf. Das Drechslergewerbe, so führte er aus, sei früher eins der blühendsten gewesen, heute aber durch die außerordentlich große Konkurrenz völlig auf den Hund gekommen.

Ein lautes „Bravo! Bravo!“ unterbrach ihn. Es kam von der Thür her, wo ein Knäuel von Arbeitern sich gestaut hatte. Man blickte sich um, um zu sehen, wer der Unterbrecher sei, konnte ihn aber nicht entdecken.

Der Redner fuhr fort, in eindringlicher Weise seine Ansichten zu entwickeln. Der Durchschnittslohn eines Gehilfen betrage kaum so viel, daß er sich anständig ernähren könne. Von den Familienvätern wage er garnicht zu sprechen. Sie führten einfach eine traurige Existenz und könnten sich nur erhalten, wenn die Frauen und Kinder mitarbeiteten. „Kann man das aber ein geordnetes Familienleben nennen“, fuhr er mit erhobener Stimme fort, „wenn Mann und Frau das Haus verlassen, und die Tochter in kaum entwickeltem Alter nach der Werkstatt oder Fabrik gehen muß, um der Aussicht der Eltern entgehen, unmoralischen Einflüssen aller Art preisgegeben zu werden? Das Weib gehört in die Familie, es ist

ehelichte Näherin Karoline Krämer ihre Verteidigungsrede vor einem Berliner Gerichtshofe, was wollen sie denn bloß mit mir armet, schwachet Jeschlecht anstellen, wo ich noch nebenbei eine vaterlose und mutterlose Waise bin. Det ist mir in meine Hilflosigkeit ankammern will, is doch nich jar so wat Schlimmet, und denn, Herr Gerichtshof, und denn, ach Gott, wat kann ich da davor, manchmal kriegt mir die Liebe unter und denn — — —

Vors.: Sie scheinen sich auf eine lange und rührselige Rede vorbereitet zu haben, da werde ich doch lieber Fragen stellen. Wie kamen Sie dazu, dem Tanzkomiker Karl Grosch anonyme Liebesbriefe in's Haus zu schicken? Angekl.: Det is aber mal'ne kuriose Frage. Ganz einfach, weil ich ihm liebt mit stühender Leidenschaft, oder wenn Sie meenen, det's hibschler klingt, mit leidenschaftlicher Muth, denn wie — — —

Vors.: Ich bitte Sie, langweilen Sie uns hier nicht mit albernen Redensarten. Ach dächte doch, ein 42-jähriges Mädchen könnte über solche Sachen hinweg sein. Sie wußten doch, daß Herr Grosch verheirathet ist, und konnten sie auch denken, daß solche Briefe und Karten, wie Sie sie geschickt haben, sehr wohl dazu geeignet sind, Unfrieden in einer Ehe zu stiften. Ist genug sind Sie doch dazu. Angekl.: Herr Gerichtshof, det Sie mir mein Alter zweimal vorwerfen, finde ich gerade nich sehr galant, einmal wäre reichlich zuviel gewesen. Wer nicht alt werden will, muß sich jung hängen. Aber wer ihn nich jesehn hat, wie er'n Ridborfer machte, der kann et nich empfinden, wat eene noch jänzlich unverheiligte Person mit'n liebedurft'gen Herzen fühlt, und noch jar in'n bunten Tricot un det er leider schon vor fest verheben war, det wußt' ich leider nich; ach Gott, det konnt ich ihm ooch nich ansehen.

Vors.: Ich sehe schon, mit Ihnen werden wir so nicht fertig. Herr Grosch, erzählen Sie, in welcher Weise und wie oft Sie beleidigt wurden. Zeuge Grosch: Ich bin eejentlich jelernter Hutmacher oder wie der Berliner sagt, Kopp-schuster. Aber aus Liebe zur Kunst bin ich Artist geworden und mit Beifall, mit jroßen sojar. Wenn ich in de Perlenberger in't Engagement war, da standen de Leute, wenn ich'n Ridborfer machte, reene Kopp vor Vergnügen. Ich freite mir über mein'n Erfolg, aber wat nu kam, det jing denn doch über die Hutchnur. Jeden Dach det Morjens kriegt ich eenen Wisch mit Bärchen, un wat vor welche. Ich achtete nich drauf, zuerst lachte ich, aber wie se immer diller un knifflischer wurden un ich merkte, meine Olle wird tütsch, da nahm ich mir vor, det holde Wesen herauszukriegen un ihr jewaltig Bescheid zu stoßen. Vors.: Können Sie uns den Inhalt eines Briefes mittheilen? Grosch: Ob ich det kann? Wenn Se erloben, denn les ich:

„Seit ich Dir trag' im Herzen,
Da fühl' ich Liebeschmerzen,
Ich könnte mir für Dir
In's Unglück sterzen.“

Ich lese et uf den Tisch des Hauses als Korpus, da liegt se. Nu is det noch eenet von de Zelinden. Uf eene Karte stand drauf, ich könnte, wat de Krämerin war, treffen an de Gefe Perleberger un Lübecker. Ich traf ihr, sagte ihr, det ich bedauerte, nich mehr zu haben zu sind, oder vielmehr nich bedauerte, un daß ich mir von nun an verbitten thun möchte, von der unverheiligten Krämerin jeliert zu werden, weil et nutzlos wäre und von wejen den Krach in meiner Häuslichkeit. Aber nu kamen ganz verrückte Briefe det Morjens un Mittags. Ich wußte mir keenen Rath un jing zum Wachtmeister. Vors.: Das haben Sie auch ganz recht gemacht. Was sagen Sie nun, Angeklagte? Angekl. (laut meinent): Ja, wat soll ich nu sagen? Ich muß mir eben die Liebe aus'n Herzen reißen. Herr Gerichtshof, machen Se mir bloß nich unglücklich, ich bin ja 'ne vaterlose und mutterlose Waise un wollte mir man ankammern. Grosch: Gott, Herr Gerichtshof, wenn se verspricht, sich nich jrade an mir ankammern zu wollen, dann lassen Se ihr man loosen. Vors.: Sie nehmen also die Anklage zurück? Grosch: Immerzu. Vors. (zur Angeklagten): Eigentlich hätten Sie einen tüchtigen

dazu da, die Häuslichkeit zu pflegen, die Kinder zu erziehen, sie zu gesitteten Menschen zu machen, aber nicht, um ihre ganze Kraft dem Erwerb zu widmen, und dadurch zur Verlotterung der Familienbande beizutragen.

Eine Beifallsjale begleitete von lauten Bravorufen.

Der Polizeilieutenant hatte eifrig geschrieben. Jetzt blickte er den Redner aufmerksam an, dessen intelligentes Gesicht ihm halb zugewandt war und über welches nur ein flüchtiges Lächeln glitt. Dann fuhr der Sprecher fort: „Meine Herren, die ganze physische Beschaffenheit des Weibes spricht gegen eine lang andauernde Beschäftigung in den Fabriken. Es ist in erster Linie dazu bestimmt, Gattin und Mutter zu sein. Jeder wahrheitsliebende Arzt wird Ihnen das bestätigen. . . . Wenn also alles das geschieht, was ich Ihnen hier vorführe, so hat das seinen hauptsächlichsten Grund in der schlechten Belohnung der Männerarbeit. Es sind das also auf die Dauer unhaltbare Zustände.“

Neuer Beifall erschallte. Der überwachende Beamte, ein jovialer Herr mit bereits grauem Backenbart erhob den Oberkörper und legte den Zeigefinger auf den Tisch. In demselben Augenblick sagte der Vorsitzende: „Ich bitte den Herrn Redner, bei der Sache zu bleiben. Es handelt sich hier um Erörterungen von Streikangelegenheiten. Ich bitte also —“

Der Redner fuhr fort: „Ich bin vollständig bei der Sache. Wir sind hier Arbeiter, um die sich die ganze soziale Frage dreht. Wie aber erst die einzelnen Glieder

Denkzettel verdient, aber ich hoffe, die ausgestandene Angst wird Sie kurrirt haben.“

Der Vogelwond auf Helgoland. Es ist bekannt, daß trotz der Bemühungen der deutschen Presse und des deutschen Reichstages es nicht möglich war, dem massenhaften Einfangen und Erwärmen unserer Singvögel in Italien und namentlich auf den italienischen Inseln gesetzlich Einhalt zu thun. Worüber sich nun aber der Deutsche so empört zeigt, und was er dem „Bundesbruder“ Italiener so sehr verübelt, das treibt er selbst in noch ärgerer Weise in eigenen Lande — auf Helgoland. Der „Frf. Blg.“ schreibt man darüber von der grün-roth-weißen Insel: „Sollte man es für möglich halten, daß, wie ich mit eigenen Augen sah, seit drei Tagen auf dem Oberlande und auf der Düne von Helgoland durch halb-wüchsigke Knaben an etwa 10 verschiedenen Plätzen des kleinen Eilands Hunderte von Singvögeln (gewisse Arten von Nothschwänzchen, Schmäher, Wachtelzungen und Grasmücken) gefangen und ihnen von Kinderhänden die Häufe umgedreht werden? Das kann man hier zu jeder Tageszeit, bei jedem Schritt sehen und auf dem Oberland bezeichnet eine Menge von Knipfplätzen den Ort der grausamen Schlächtere. Während nun aber wir Deutsche, die wir uns im vorigen Jahre in Capri befanden, den italienischen Burschen die eben eingefangenen Vögel abnehmen und diese wieder fliegen lassen konnten, wurden wir Kurgäste hier, auf deutschem Boden, von den sonst ganz netten und tüchtigen Insulanerburschen ob unserer Forderung, die Singvögel fliegen zu lassen und den Fang einzustellen — verhöhnt und zwar auf Grund eines hier geltenden Gesetzes, wonach der Fang von Singvögeln gegen Entrichtung einer Gebühr von 10 Mk. gestattet ist! Freilich sollen Burschen unter 16 Jahren nicht Vögel fangen, in der That thun es aber nur die Kinder! Man fragt sich: ist das nicht ein schändlicher Zustand? Es haben sich hier die Kurgäste schon mehrfach über jene grausame Sitte beschwert, die jedem fühlenden Menschen den Aufenthalt auf einer kleinen Insel verleben muß, da er ihr bei jedem Schritte begegnet. Ohne Erfolg! Am Buffet des Kurhauses hat man augenscheinlich gar keine Geneigtheit, eine Liste zum Unterzeichnen einer Petition gegen das Vogelfangen auflegen zu lassen; der Oberkellner versicherte mir heute unter Lachen, diese Vögel müßte man fangen, sie schmecken „sehr schön“. Gestern hat nun ein hier weilender Professor eine Erklärung entworfen und in Circulation zu setzen versucht, wonach jeder Unterzeichner sich verpflichtet, so lange nicht mehr nach Helgoland zu gehen, als jene grausame, der deutschen Inselwäner durchaus unwürdige Sitte besteht. Der Erfolg scheint mir aber auch fraglich, denn manchem Badegast schmecken leider diese armen kleinen Singvögel auch „sehr schön“. Jedenfalls aber ist es eine Pflicht, auf diesen „Balken im eigenen Auge“ hinzuweisen, wo Deutschland seit vielen Jahren Italien gegenüber als Splitterrichter sich aufspielte.“

Neuburg a. D. Vatermord. Am Dienstag verkaufte der in den sechziger Jahren stehende, seit etwa 9 Wochen verwittvete Gürtler Neumeyer, vom nahen Unterhausen vor dem neuburger Viehmarke einen Ochsen, und seit Mittwoch sollte er nach Angabe seiner Kinder, des 28-jährigen Lukas und der 26-jährigen Kreszenz Neumeyer, mit dem Ertrag des Verkaufes — 150 Mark — verschwunden sein. Durch das nervöse Auftreten des Sohnes, der im ganzen Dorfe nach seinem Vater fragte und angab, nicht eher Ruhe zu bekommen, bis er ihn habe ausschreiben lassen, schöpfte die Schwägerin des Sohnes Verdacht und auf ihre direkten Anfragen hin gestand Lukas N. seinem Bruder Klement, daß er seinen Vater im Stalle ermordet habe, weil dieser ihm kein Geld gegeben; Lukas drohte seinem Bruder Klement aber gleichfalls mit Umbringen, wenn er etwas ausjage. Ein Nachbar, der von Klement N. verständigt wurde, machte bei der Gendarmerie Anzeige, und gestern wurde Lukas N. verhaftet. Er gestand, daß er mit seiner Schwester Kreszenz den Leichnam des Vaters in einen Sack gesteckt,

eine Kette bilden, so machen die verschiedenen Erscheinungen des öffentlichen Lebens die soziale Frage aus. Wenn wir unsere Angelegenheiten besprechen wollen, so muß es auch nothwendig sein, die Ursachen anzuführen, die unsere traurige Lage verschuldet haben und die Folgen, die aus ihr entstanden sind und immer noch entstehen. Mit Schönplasterchen heilt man keine Wunde.“

„Bravo . . . Sehr richtig“, erwiderte es abermals unter den Zuhören.

„Ich will also fortfahren oder vielmehr bei der Sache bleiben“, begann der Redner wieder mit einem ironischen Lächeln. „Meine Herren, wenn der Staat verlangt, daß wir unsere Pflichten als Steuerzahler und Bürger erfüllen sollen, so muß uns auch gestattet sein, öffentlich nach den Mitteln und Wegen zu suchen, die uns vor der Gefahr schützen, eines Tages diesen Pflichten nicht mehr nachkommen zu können. Wir gleichen den Ärzten, die zusammengekommen sind, um einen kranken Körper zu untersuchen und welche die moralische Verpflichtung fühlen, sich gegenseitig Nichts zu verschweigen oder zu verheimlichen. Meine Herren, wir streben nur nach einem menschenwürdigen Dasein. Wir wollen nicht prassen, nicht schlemmen, wir wollen aber auch nicht die traurige Möglichkeit vor Augen haben, eines Tages physisch und moralisch zu verkommen, mit dem entsetzlichen Gedanken aus der Welt scheiden, unsere Frauen und Kinder als hilflose Wesen zurücklassen zu müssen. . . . Wir wollen auch nicht geistig verthieren, sondern nach der Arbeit so viel Zeit übrig haben, um uns fortzubilden, neben der

mit einer Fuhre Dünger verladen und dann in die Fahr eine Stunde entfernte Donau geworfen habe; er aber zuerst einen falschen Plan an, an dem er die Le verfenkt habe. Erst Nachmittags fand der Maschinist Ernst und Sedelmayer'schen Kalkwerkes in Unterhau den Sack auf einer Sandbank. Das entmenschte Kind paar hatte den alten Vater auf die raffinierteste Weise seitig; der Sack war so mit Steinen beschwert, daß nur mit Mühe aus dem Wasser gezogen werden konnte. Der Kopf ist über und über mit Wunden, aufsehn von einem Messer und einem kleinen Weile herrührend bedeckt und um Blutspuren zu vermeiden, so in eine leberne Hose gewickelt, daß kein Tropfen Wasser dr bringen konnte.

London. In der Nacht vom Montag auf Dienstag zerstörte eine Feuersbrunst das in der Nähe der Stellung gelegene Restaurant „Montecarlo“. Bei Löscharbeiten wurde ein Feuerwehmann tödtlich verwun-

Quittung.

Im Monat August gingen bei der Parteikasse folgende

träge ein:
Auerbach, ges. unter Metallarbeitern 1,90. Machen, V. durch K. S. 25. Schaffenburg, Uebersehuf v. aufgelösten Verein 8,25. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kr. 600 (darunter Maifest 433,20). 3. Kr. 300. 4. Kr. (St) 500 (darunter von den Bauarbeitern durch Kantale 3. 6. Rosenh. Vorst. 150. (darunter Uebersehuf der Geburtstags Gen. Müller 3,95). 6. Kr. Drankent. Vorst. 200. (darunter F. Schröder v. W. 3. 8. Kr. Moabit 100. Berlin, Beiträge: P. S. 50. N. W. 50. Dr. S. N. 20. Kolo Dertel, Schmargendorf 20. Güttenberg 100. Die rot Buchbinde aus der Grünstraße 10. Statthalber bei Werm 9,30. Cigarrenhändler E. S. 4. D. W. 2,70. D. W. 2. Von Mitgliedern der U. — Dr. 4,05. Gesammelt für einen Vor beim Genossen Bergmann, Müllerstraße 10/11 4,90. Wich Drankentstraße Nr. 9 4,40. Von zwei Genossen 4. —. Brederod 10. E. S. Tegel 71. 20. S. E. W. 5. —. der Beleidigungssache Dreßler über Treff 20. —. Durch Weg 1,80. 10 Kontobucharbeiter von U. Zumppe, Drankentstraße, 2. Nr. 167 1. —. Schuster und Veer 10,10. N. K. 3. —. „Zugs bund“ 7. —. F. P. 1. —. N. T. 1,50. Ungenannt 2. —. den Arbeitern der Stadischen Fabrik, Uebersehuf einer Kranz für Jrl. Wabnitz 5,60. Breslau, rothe Geburtstagsfeier 1. —. Barmen 100. —. Chemnitz, frühliche Genossen a. d. Leipzig Halle 3,85. Chemnitz, Gismann's runder Tisch 1,70. Chemnitz, rothe Kindtaufe 1,50. Crimmitschau 200. —. Conradsthal, einer Hochzeitsgesellschaft 2. —. Döbeln, Komanns 10. —. Do stadt 100. —. Döbeln, stiller Parteigenosse 10. —. Eberfeld, S. Verein „Einigkeit“, Westende 23,05. Forst in L. von Genio 200. —. Finsterwalde 20. —. (darunter von einer Hochzeit 2. von einer Kindtaufe 2,40). Frankfurt a. M., für einen bestat Maurer 1,50. Forst, von den Gen. d. N. 20. —. Jena 50. Götting, Uebsh. d. P. u. d. Boraer Bergen 3,80. Gera (Neuh) 50. Hartha, von aufgel. Vereinen U. S. 50. —. Hannover 500. Hamburg, 1. Kr. 1000. —. Hamburg, Uebersehuf der Maifest 1040,40. Hamburg, von dem Personal der Tabakarbeiter-Genossenschaft B. W. N. und Schäferstraße 100. —. Hamburg, stiller Beobachter 10. —. Jsmenan, Uebersehuf einer Versammlung 15. Königsberg, K. M. 10. —. Kupferberg, in der Einigkeit 5. kampfbereit 5,50. Lindenwalde, rothe Hochzeit, durch W. P. 1. Lübeck, rother Geburtstags bei L. 2,75. L. M. S. 100. Leipzig, amerik. Luft. v. d. Delegirten des Fabrikarbeiter-Vereinstages in Celle 7. —. Lehe, rothe Verlobung 1,50. L. J. M. 300. Mühlhausen i. Th., rothe Frauen 18. —. München, Genio München „Nu“ 100. —. Mühlhausen i. G., von Genossen 309. Mey, aus der Parteikasse 23,65. Mann im Mond 500. Mühlhausen i. G., bei einem Fast Bier auf der Brennerhöhe 3. Mühlhausen i. G., a. c. „Erl. Vohr. Volksztg.“ durch W. 1000. Neudorf bei Rowanow P. P. 1. —. Neyschan, zum Grab des aufgelösten Arbeitervereins 3,90. Neuwied, v. Genossen 12. Neumünster, Zinsen für geliehenes Kapital 400. —. Neudam zielbewußte Genossen 4. —. Neu-Rodwitz, rothe Kindtaufe 2. Okrowo 5. —. Offenbach i. B., von der „Gesellschaft“ 10. Offenbach, 50. —. Plauen i. B., „Paradies“ 3. —. Rheing. Mühlhausen i. G., „Freiheit“ 5. —. Rührath, organisierte Partgenossen 10. —. Steglitz, In 30. —. Stuttgart, aus Schwab 100. —. Schwabach, v. W. 25. —. St. Ludwig, J. M. 4. Uebigau, rothe Kindtaufe durch J. M. 1,50. Waldruhr i. G. rother Geburtstags 1,25. Wolfenbüttel, Uebersehuf v. Sommer 7,30. Wandsbeck 300. —. Walzenburg i. Schl., K. V. M., vers für das Wohl der arbeitenden Bevölkerung 10,10.

In der Quittung vom 9. August Nr. 183 des „Vorwärts“ muß es heißen 10 Kontobucharbeiter von U. Zumppe, nicht Jun Berlin, den 8. September 1894.

Für den Parteivorstand
N. Gerlich, Krahbachstraße 9, 1 Treppe.

leiblichen auch geistige Nahrung zu uns nehmen zu können. Unter der heutigen Produktionsweise ist das aber unmöglich. Ein Beispiel sehen Sie an mir. Ich bin verheiratet und Vater von zwei kleinen Kindern. Ich wohne oben in der Brunnenstraße, habe einen Weg von drei viertel Stunden bis nach der Fabrik zurückzulegen. 6 Monaten habe ich bei Urban des Abends bis neun U arbeiten müssen. Frühmorgens, wenn ich mein Heim ver lasse, schlafen meine Kinder noch und kehre ich Abends spät nach Hause, so liegen sie schon wieder und träumen. So kam es denn, daß es mir nur alle acht Tage gönnt war, meine Kinder sprechen zu hören, ihnen in die Augen zu schauen. . . .“

Eine Bewegung entstand, und er fuhr fort: „Meine Herren, wie oft kommt es nicht vor, daß wir am des Sonntags Vormittags nach der Fabrik müssen, wenn es so verlangt wird. Es giebt Leute, die uns Arbeit vorhalten, wir besäßen keine Religion, es stände bei uns, wenn wir nach der Kirche gingen. Nun, meine Herren, man läßt uns nicht einmal Zeit zum Beten. Wir verrichten im Schweiß des Angesichts am Sonntag Vormittag unsere Arbeit und das ist unser Gebet. . . . Er machte Pause.

Kein lauter Beifall erschallte diesmal, aber die allgemeine Bewegung, die mächtig durch die Reihen gelaugte für den großen Eindruck, den die letzten Worte des Redners gemacht hatten.

(Fortsetzung folgt.)